

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie gut stehen die Chancen für Frieden in der Ukraine? Nach Vorlage eines US-Friedensplans, der unter anderem die Anerkennung der Krim-Annexion enthält und eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausschließt, haben seit Mitte April die Diskussionen über eine mögliche Friedensarchitektur tatsächlich Fahrt aufgenommen. Die US-Vorschläge sind von der Ukraine und der EU sehr kritisch kommentiert worden. Konstatieren muss man aber auch, dass der US-Druck eine neue Dynamik erzeugt hat. Direkte Verhandlungen zwischen Ukraine und Russland scheinen greifbar nahe zu sein.

Inzwischen liegen auch europäische Vorschläge für eine Waffenruhe sowie erneuerte russische Bedingungen vor. Die Sachlage zum Thema Sanktionen stellt sich aktuell so dar: Während Russland die völlige Aufhebung aller Sanktionen und die Aufhebung der internationalen Haftbefehle zur Vorbedingung für einen Friedensvertrag macht und die USA ihrerseits die Abschaffung von Sanktionen mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags anbieten, stellen die Europäer den langsamen Rückbau von Sanktionen erst in Aussicht, wenn Schritte zur Befriedung des Konfliktes nachweisbar erfolgt sind.

Die Gefahr, dass die USA Sanktionen einseitig abschaffen und sich amerikanische und europäische Sanktionsregime auseinanderentwickeln, hat unter Trump zugenommen und würde für europäische Unternehmen zu Wettbewerbsnachteilen führen. Umgekehrt scheint es nicht ausgeschlossen, dass nach einem Scheitern der Gespräche die USA ihre Sanktionen gegen Russland sogar ausweiten. Die kommenden Tage versprechen spannend zu werden.

Was sonst in den vergangenen vier Wochen passiert ist und was zum Thema Sanktionen im neuen Koalitionsvertrag enthalten ist, haben wir im aktuellen Update für Sie aufbereitet. Darin wird auch über neuen Druck russischer Behörden auf ausländische Unternehmen, Anwälte und Richter berichtet.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Hinweise!

Ihre Redaktion

**OA-Update 2025/04
Stand: 30. April**

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Aussagen zur Sanktionspolitik im Koalitionsvertrag

Seit Veröffentlichung des Koalitionsvertrags am 9. April ist bekannt, was die zukünftige Schwarz-Rote-Regierungskoalition für Deutschland in den kommenden vier Jahren vorhat. Auch zum Thema Sanktionen enthält der 146-Seiten starke Vertrag einige Aussagen. Demnach wollen die Koalitionäre an der bisherigen Sanktionspolitik grundsätzlich festhalten, Unternehmen aber das Leben erleichtern. Angekündigt wird folgendes: *„Die effektive nationale Umsetzung der Sanktionen aufgrund des russischen Angriffskriegs stellen wir weiterhin sicher. Wir unterstützen die Pläne der EU zur Erhebung von Zöllen auf den Import von Düngemitteln aus Russland und Weißrussland.“*

Aufhorchen lassen Aussagen zu den Ausfuhrgenehmigungsprozessen: *„Unser Ziel ist ein Paradigmenwechsel“*, heißt es in diesem Zusammenhang. *„Anstelle von durchgängigen Prüfungen streben wir stichprobenartige Kontrollen verbunden mit empfindlichen Strafen bei Verstößen an. Eine vorherige Exportgenehmigung wäre nicht mehr erforderlich.“*

Diese Ankündigung liest sich zunächst positiv, denn es könnte langwierige Prüfverfahren beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA überflüssig machen. Gleichzeitig warnt der BDI davor, dass eine Beweislastumkehr zu einer noch größeren Belastung und Verunsicherung von Unternehmen führen könnte, die im Falle eines Sanktionsverstoßes nachweisen müssten, alles Erforderliche für dessen Vermeidung getan zu haben.

Außerdem enthält der Vertrag auch Aussagen zur Ukraine-Politik. Konkret unterstützt werden soll die Einrichtung eines Sondertribunals, *„um das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine angemessen zu verfolgen und zu ahnden“*. Deutschland stehe zur NATO-Perspektive der Ukraine und werde sich am Wiederaufbau des Landes beteiligen. Konkret wollen die zukünftigen Koalitionäre prüfen, ob *„das eingefrorene russische Staatsvermögen zur finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine wirtschaftlich“* genutzt werden könne. Bisher hat sich die EU aus Angst vor Turbulenzen am Finanzmarkt in dieser Frage zurückgehalten und nur die wirtschaftliche Nutzung der unerwartet bei westlichen Finanzinstituten anfallenden Zinserträge aus eingefrorenem Vermögen ermöglicht. Neben Deutschland hatten sich bislang auch Frankreich und Italien gegen eine Enteignung gestellt. Die Außenbeauftragte Kaja Kallas hat die Option allerdings bereits seit ihrem Amtsantritt vorangetrieben. Auch Spanien hat sich zuletzt dafür ausgesprochen.

Laut Politico drängte nun die CDU zu weitergehenden Schritten. *„Wir wollen nicht nur die Erträge abschöpfen, sondern auch die Vermögen selbst“*, sagte demnach Jürgen Hardt, der den außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrags für die CDU mitverhandelt hat. *„Mir ist bewusst, dass es dabei um Enteignungen geht, die juristisch abgesichert sein müssen“*, sagte Hardt weiter gegenüber unserem Kollegen Tom Schmidtgen. *„Wir betreten mit der Abschöpfung ausländischer Vermögen Neuland.“*

Derzeit sind laut Kommissionsangaben rund 210 Milliarden Euro der russischen Zentralbank in der EU eingefroren. Diese Vermögenswerte könnten für die Unterstützung

der Ukraine angezapft werden. Die SPD zeigt sich laut Politico zurückhaltender, signalisiert aber auch Offenheit für die Option. Durch die Einigung im neuen Koalitionsvertrags gäbe es nun die „die Möglichkeit, zusammen mit den europäischen Partnern zu prüfen, ob es rechtssichere Wege gibt“, die noch über die Verwendung der Zinsen hinausgehen, sagte Nils Schmid, der das Außenpolitik-Kapitel für die SPD mitverhandelt hat.

Eine Enteignung ist allerdings rechtlich umstritten, denn eigentlich genießt Russland staatliche Immunität. Laut der Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Union, Juliane Kokott, könnte Russland allerdings durch seine Völkerrechtsverstöße dieses Recht verwirkt haben. Allerdings bestehen auch finanzielle Risiken. Denn eine Enteignung könnte Investoren abschrecken. „Wir müssen den Investoren in Europa deshalb klarmachen, dass es sich um einen einmaligen Vorgang handelt, bei dem der russische Aggressor seine selbst verantworteten Zerstörungen auf dem Gebiet der Ukraine beseitigen muss“, sagte Hardt gegenüber Politico. „Es handelt sich somit um etwas Ähnliches wie eine Reparation.“

Am 29. April veröffentlichte die CDU/CSU in Berlin Ihre Liste neuer Minister und Staatssekretäre. Für Wirtschaft wird als Ministerin Katherina Reiche zuständig sein. Parlamentarische Staatssekretäre im Bundeswirtschaftsministerium sind Gitta Connemann und Stefan Rouenhoff. Das Auswärtige Amt wird mit Johann Wadephul besetzt. Staatsminister werden Serap Güler und Gunther Krichbaum.

[Merz-Kabinett – Liste aller CDU-Minister und Staatssekretäre im Überblick](#)

Eine umfassende Auswertung des Koalitionsvertrags aus Perspektive des Ost-Ausschusses finden Sie hier:

[Koalitionsvertrag: Was ist drin für die Ost-Ausschuss-Region? | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Link zum neuen Koalitionsvertrag:

[Koalitionsvertrag_2025.pdf](#)

Neues Ost-Ausschuss-Update Recovery Ukraine erschienen

Mit dem Update Recovery Ukraine informiert Sie der Service Desk Ukraine monatlich über alle Themen rund um den Wiederaufbau der Ukraine, Hilfsaktionen und konjunkturelle Entwicklungen mit Ukraine-Bezug. Für ein kostenloses Abo wenden Sie sich bitte an Ruta Hedvilaitse: R-Hedvilaitse@oa-ev.de.

Die April-Ausgabe des Updates ist hier zu finden:

[OA-Updates Recovery Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

BMWK kontaktiert Unternehmen und bietet Sanktionsberatung an

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat in den vergangenen Wochen ausgewählte Unternehmen aus dem Hightech-Bereich postalisch kontaktiert und Unterstützung beim Ausbau der unternehmensinternen Compliance angeboten. Die Maßnahme war bereits Ende vergangenen Jahres angekündigt worden. Die Auswahl der Unternehmen orientiert sich dabei nach Angaben des BMWK an den beiden EU-Listen für besonders kritische Exportgüter:

[List of common high priority items - European Commission](#)
[List of economically critical goods - European Commission](#)

Die dort gelisteten Dual-use-Güter sind für Russland besonders interessant, weil sie benötigt werden, um die eigene Rüstungsindustrie am Laufen zu halten und gleichzeitig schwer zu ersetzen sind. Entsprechend aktiv wird von russischer Seite an Sanktionsumgehungen gearbeitet. Unter den gelisteten Waren sind beispielsweise optische Geräte, Ölfilter, LKW-Teile, Elektronik, Sattelschlepper oder CNC-Werkzeugmaschinen, die für die Rüstungsproduktion eingesetzt werden.

Kontaktierte Unternehmen, die für sich Beratungsbedarf sehen, eigene Beobachtungen gemacht haben oder einfach nur die Kenntnisnahme des Schreibens bestätigen wollen, können sich gerne an das BMWK wenden. Die Schreiben stehen nicht im direkten Zusammenhang mit konkreten Sanktionsverstößen, sondern sind als Hilfestellung gedacht. Ob das BMWK die Kampagne unter der neuen Bundesregierung fortsetzt, wird in den nächsten Wochen entschieden.

Aktuelle Informationen zu Sanktionen veröffentlicht das BMWK fortlaufend auf seiner allgemeinen Sanktions-Informationseite:

[BMWK - Sanktionen](#)

Auslandshandelskammer spricht von „Schockwellen“ nach Enteignung in Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am 4. April ein wenig bekanntes russisches Unternehmen mit der Verwaltung von russischen Vermögenswerten des zum deutschen Pharmakonzern Stada gehörenden Unternehmens Nizhpharm beauftragt, wie aus einem Anfang April veröffentlichten Dekret hervorgeht, über das die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Ende 2023 hatte Stada sein russisches Geschäft in ein separates Unternehmen namens Nizhpharm ausgegliedert, das unabhängig und eigenständig operieren sollte.

Matthias Schepp, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer – ein nach russischem Recht funktionierender Verband – sprach in Moskau nach

der Maßnahme von einem regelrechten Schock für die noch in Russland verbliebenen deutschen Unternehmen. „Richtig ist, dass es vereinzelt deutsche Unternehmen gibt, die einen Wiedereintritt in den Markt in Erwägung ziehen. Richtig ist aber auch, dass die faktische Enteignung von Nizhpharm, dem ehemaligen Stada, eine regelrechte Schockwelle durch die deutsche, in Russland engagierte Unternehmerschaft sendet“, schrieb Schepp am 24. April im Morgentelegramm der Kammer. Nizhpharm hätte keinerlei Absichten gehabt, den russischen Markt zu verlassen, so Schepp. „Eine Änderung der Eigentümerstruktur war sogar von der entsprechenden staatlichen Kommission genehmigt worden. Die Botschaft aus Moskau war, zumindest in diesem Fall, klar“, schreibt Schepp weiter: „Es kann jeden treffen.“ Ausländische Unternehmen aus Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängen, seien unerwünscht.

Seit dem Beginn der Invasion in der Ukraine und der anschließenden Flucht vieler ausländischer Unternehmen hat Putin mehrere derartige Dekrete erlassen, um Vermögenswerte in ausländischem Besitz in vorübergehende Verwaltung, meist durch den Staat, zu übertragen. Betroffen waren unter anderem die dänische Brauerei Carlsberg, der finnische Energieversorger Fortum, der deutsche Energieversorger Uniper und der französische Joghurthersteller Danone.

Nizhpharm zählt zu den zehn größten Unternehmen auf dem russischen Pharmamarkt, der von westlichen Sanktionen weitgehend ausgenommen ist. Nizhpharm gehört der in Luxemburg ansässigen Nidda Lynx S.a.r.l., die im Stada-Bericht 2024 als „Tochtergesellschaft einer indirekten Muttergesellschaft“ der Konzernmuttergesellschaft Nidda German Topco GmbH definiert wird. In dem Putin-Erlass heißt es jetzt, dass die vorübergehende Geschäftsführung für Nizhpharm von einem russischen Pharmavertriebsunternehmen namens Pharmirus wahrgenommen wird.

[Putin names little known firm to run pharma company spun off from Germany's Stada | Reuters](#)

[«Нижфарм» перешел во временное управление ООО «Фармирус»](#)

Präsidentenerlass:

[Указ Президента Российской Федерации от 04.04.2025 № 213 · Официальное опубликование правовых актов](#)

Russland geht in Wintershall-Verfahren gegen Schiedsgericht vor

Im Kampf um milliardenschwere Entschädigungszahlungen geht Russland im Falle des von der früheren BASF-Tochter Wintershall Dea angestregten Schiedsgerichtsverfahren erstmals direkt gegen beteiligte Juristen vor, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet. Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat demnach Mitte April in Moskau Klage gegen Wintershall, ihre Anwälte und drei Schiedsrichter eingereicht. Ihre Forderung: Wintershall soll ein Schiedsverfahren (Streitwert 7,5 Milliarden Euro) gegen Russland einstellen, beziehungsweise die Juristen sollen ihr Mandat niederlegen. Ansonsten drohe ihnen eine Strafe in Höhe von 7,5 Milliarden Euro – also in Höhe des Streitwerts. Sabine Konrad von der von Wintershall beauftragten Kanzlei Aurelius Cotta in

Frankfurt bestätigt den Vorgang. Russische Medien, die auf Quellen bei der Staatsanwaltschaft verweisen, berichten, dass die Schiedsrichter möglicherweise gesamtschuldnerisch haften, sollten sie „das Schiedsverfahren fortsetzen oder anderweitig unterstützen“.

Für Schiedsanwältin Konrad ist klar: „Dies ist ein Einschüchterungsversuch gegen die Anwälte. Wir werden vor politischem Druck nicht einknicken.“ Rückendeckung bekommt die Frankfurter Kanzlei vom Deutschen Anwaltverein (DAV). „Russland hat schon länger ein Problem damit, dass westliche Unternehmen per Schiedsverfahren gegen russische Firmen vorgehen“, sagte DAV-Vizepräsident Ulrich Karpenstein der FAZ. Schon seit einiger Zeit würden die nationalen Gerichte instrumentalisiert, um gegenzusteuern. Neu sei jedoch der Vorstoß gegen die beteiligten Schiedsrichter und Kanzleien. „Solchen Einschüchterungsmaßnahmen dürfen wir uns nicht beugen.“ Sonst sei zu befürchten, dass Kanzleien aus Sorge vor Repressalien vor Mandaten gegen Russland zurückschrecken.

Wintershall Dea hat bis 2022 einen großen Teil seines Geschäfts in Russland getätigt, besaß Anteile an zwei Gasfeldern in Sibirien sowie eine 15,5-prozentige Beteiligung an der Erdgasleitung Nord-Stream 1. Alles von der Bundesrepublik mit staatlichen Investitions Garantien abgesichert. Anfang 2023 kündigte Wintershall aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine den Rückzug aus Russland an. Putin übertrug die Anteile daraufhin per Dekret an russische Gesellschaften. Der damalige Wintershall-Chef Mario Mehren kommentierte dies mit den Worten: „Wir wurden faktisch enteignet.“

Um sich das Geld vom russischen Staat zurückzuholen, hat das Unternehmen eine Schiedsklage nach völkerrechtlichem Abkommen zwischen Russland und Deutschland eröffnet. Russland erkennt die internationale Zuständigkeit der Schiedsgerichte wegen „mangelnder Neutralität“ jedoch nicht an und pocht darauf, dass solche Klagen „ausschließlich vor russischen Gerichten verhandelt werden“ dürften. Das liegt vermutlich an Urteilen aus anderen Schiedsfällen, die zulasten Russlands ausfielen, etwa im vergangenen Jahr, als der deutsche Gasimporteur Uniper einen Schadenersatzanspruch von 13 Milliarden Euro zugesprochen bekam.

Schiedsgerichte finden aber immer in einem Drittland statt. Die Parteien bestimmen drei unabhängige Schiedsrichter; jede Partei einen, den dritten gemeinsam. Nun sind ein Franko-Iraner (von russischer Seite ernannt), ein Schweizer (von den Deutschen ernannt) und eine Nigerianerin mit angeklagt, wie die FAZ berichtet.

[Ukraine-Krieg: Russland knöpft sich deutsche Anwälte vor](#)

Wollen US-Amerikaner die Raffinerie in Schwedt erwerben?

Die FAZ hat Spekulationen über einen möglichen Einstieg von US-Investoren in die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt Nahrung gegeben: Private Investoren könnten von der US-Regierung unter Donald Trump für geopolitische Ziele und eine Annäherung an Russland in Stellung gebracht werden, sagte laut FAZ Eamon Drumm, der für die US-Denkfabrik German Marshall Fund of the United States in Paris geostrategische

Risiken im Energiesektor analysiert. „US-Unternehmen könnten die Anteile von Rosneft an Raffinerien in Deutschland übernehmen und mit Rosneft die Lieferung von russischem Öl vereinbaren“, beschreibt Szymon Kardaś, Energieexperte bei der Denkfabrik European Council on Foreign Relations in Warschau, ein Szenario mit einem amerikanischen Investor für die PCK-Raffinerie. Damit ein Deal zustande kommt, müsste Washington Druck auf das Embargo gegen Ölimporte aus Russland als Teil des europäischen Sanktionsregimes machen. „Mit jeder Ausnahme verliert das Sanktionsregime an Schlagkraft und Russland wäre sehr daran interessiert, diesen Prozess zu starten“, sagt Kardaś.

Einem US-Investor könnten sich unter den geeigneten Rahmenbedingungen attraktive Arbitragemöglichkeiten bieten, sagt Drumm. Vor allem Finanzinvestoren, die im Umgang mit Vermögenswerten in Schieflage Erfahrung haben, könnten Interesse zeigen. Ein Beispiel ist die auf „Distressed Assets“ spezialisierte Monte Valle Partners von US-Investor Stephen Lynch, der sich laut Medienberichten schon vor Monaten bei Nord Stream 2 in Stellung gebracht hat.

Für Ölkonzerne dürfte ein Einstieg in Schwedt dagegen kaum in Frage kommen. Raffineure wie BP, Exxon und Shell haben ihre Aktivitäten am Raffineriestandort Deutschland zuletzt reduziert oder versuchen, sich von ihnen zu trennen. Auch die 37,5 Prozent, die Shell an der PCK-Raffinerie hält, stehen schon länger im Schaulaufenster.

Der scheidende Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Michael Kellner, schlägt angesichts der US-Aktivitäten laut einem Bericht von Correctiv bereits Alarm: Er warnt vor einer Spaltung Europas und empfiehlt der kommenden Regierung die Verstaatlichung der russischen Anteile an der Ölraffinerie in Schwedt.

Seit mehr als zwei Jahren befindet sich das Schicksal der Raffinerie PCK Schwedt am Rande Brandenburgs im Schwebezustand. Die Mehrheit der Anteile hält Rosneft Deutschland, eine Tochter des russischen Mineralölkonzerns. Aufgrund des russischen Angriffskrieges stehen diese Anteile seit Herbst 2022 unter Treuhandverwaltung des Bundes, russisches Öl darf nicht mehr nach Schwedt importiert werden. Die Ölraffinerie ist strategisch bedeutsam: Konkret geht es um rund 1200 Arbeitsplätze und um die Versorgung von Berlin, Brandenburg und ihrem Flughafen mit Kraftstoffen. Für die Bundesregierung galt als bevorzugter Weg aus der verfahrenen Situation bislang ein Verkauf der russischen Anteile an Dritte. Erst war Katar im Gespräch. Ende vergangenen Jahres warf Russlands Präsident Wladimir Putin Kasachstan als Kandidat ein. Nun kommen offenbar potentielle Investoren aus den USA als Interessenten ins Spiel.

[PCK Schwedt: Staatssekretär empfiehlt Enteignung russischer Anteile](#)

[PCK-Raffinerie Schwedt in den Fängen der Geopolitik](#)

[Trumps Russland-Politik: Zuckerbrot und Pipelines](#)

[Trumps Russland-Politik: Zuckerbrot und Pipelines](#)

Russisches Holz in deutschen Baumärkten?

Trotz eines Einfuhrverbots in die EU schafft es Russland nach Informationen der Umweltorganisation WWF, Holz in die EU zu exportieren. Große Mengen an russischem Holz und Holzprodukten sollen sich demnach weiter in Baumärkten, Supermärkten und sogar Fastfood-Restaurants in Deutschland finden lassen. Neben Hölzern sei auch Einwegbesteck betroffen, erklärte WWF dem Focus, der über diese Analyse berichtet hat. Dabei seien Holzproben im Labor untersucht worden.

Die Untersuchung ergab, dass Kaffeelöffel, Rührstäbchen, Messer und Gabeln, die sowohl in Fast-Food-Ketten als auch in Supermärkten und Drogerien verkauft werden, mit hoher Wahrscheinlichkeit aus russischem Birkenholz bestehen. Bei 14 von 21 analysierten Produkten wurde dies festgestellt. Nur bei zwei Produkten konnte Russland als Herkunftsland ausgeschlossen werden. Dabei dürfte durch die Sanktionen kein Holz aus Russland mehr in die EU importiert werden. Doch Recherchen der britischen NGO Earthsight zeigen, dass Russland Drittstaaten nutzt, um die Sanktionen zu umgehen und Holz in die EU, auch nach Deutschland, zu bringen. Besonders die Importe von Birkenperrholz aus China, der Türkei, Kirgisistan und Kasachstan hätten stark zugenommen, obwohl in diesen Ländern kaum Birken vorkommen, was Zweifel an der tatsächlichen Herkunft des Holzes aufwirft.

Bereits Anfang 2025 berichtete der NDR auf Grundlage von WWF-Analysen, dass deutsche Baumärkte weiterhin russisches Holz verkauften. Die Anbieter behaupteten, es handele sich um Altbestände. Der WWF hält dies jedoch für unwahrscheinlich. „Wenn wir drei Jahre nach dem Embargo in Vielzahl Holz aus Russland finden, ist das nicht mehr plausibel, weil allein die Lagerung sehr viel Geld kostet“, so der WWF-Holzexperte Johannes Zahnen im Focus.

Seit Beginn der EU-Sanktionen soll Russland etwa 1,5 Milliarden Euro durch den Holzverkauf in die EU-Staaten eingenommen haben, berichtete der Focus. Der WWF fordert strengere Kontrollen, um den Import von russischem Holz zu stoppen. „Nur so können wir sicherstellen, dass der Handel mit illegalem Holz gestoppt wird und Verbraucherinnen und Verbraucher nicht zur Finanzierung der Kriegshandlungen beitragen, indem sie Currywurst essen“, erklärte WWF-Experte Zahnen dem Focus.

[Putins Wirtschaft verdient unzählige Millionen trotz Sanktionen – auch in deutschen Baumärkten](#)

Siemens jetzt vollständig raus aus Russland

Die russische Regierung hat den Verkauf der letzten verbliebenen Unternehmensbeteiligung von Siemens in Russland genehmigt. Das berichtet die Tageszeitung Iswestia mit Verweis auf ein Sitzungsprotokoll der Kommission für Auslandsinvestitionen vom 3. April. Beim Käufer handele es sich laut der Zeitung um das Unternehmen AO Otavit. Es soll 2,2 Milliarden Rubel (23,5 Millionen Euro) für die Beteiligung der Siemens-Tochter Siemens-Mobility am Eisenbahnhersteller Ural

Locomotives gezahlt haben. Der Bericht betont, dass 35 Prozent der Summe wegen der sogenannten Rückzugssteuer an den Staatshaushalt statt an die Deutschen geht.

Ural Locomotives, ein Joint Venture von Siemens und dem russischen Industriekonzern Sinara, hatte bis zum Rückzug von Siemens aus Russland im Jahr 2022 in seiner Fabrik nahe Jekaterinburg unter anderem die Schnellzüge Lastotschka produziert. Siemens bestätigte gegenüber Izvestia den Verkauf seiner Minderheitsbeteiligung an Ural Locomotives. Damit sei der Rückzug von Siemens aus Russland vollendet, schreibt Izvestia. Siemens war seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Russland präsent.

[Компании из ЕС примут участие в Петербургском международном экономическом форуме | Видео | Известия | 14.04.2025](#)

Russischer Billig-Dünger bedroht deutsche Produzenten

Der Import russischen Kunstdüngers ist seit dem Ukraine-Krieg sprunghaft angestiegen, alleine im Jahr 2024 stieg er um weitere 33 Prozent, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Russland sei inzwischen der wichtigste Düngerimporteure für die Europäische Union (EU) und führt seit dem Beginn des Ukraine-Krieges circa 6,2 Millionen Tonnen in den Euroraum ein, so die EU-Kommission.

Auch weil Erdgas in Russland die Mineraldünger-Produzenten scheinbar fast nichts kostet, könnten sie mit Dumpingpreisen die deutschen Hersteller leicht in den Ruin treiben, so die Sorge des größten deutschen Düngerherstellers SKW-Piesteritz, über den die Tagesschau berichtet. Das Unternehmen aus Sachsen-Anhalt leide neben den teuren Gaspreisen darunter, dass der Markt mit billigem Dünger geflutet wird, so der Geschäftsführer Carsten Franzke: „Seit dem Ukraine-Krieg haben wir eine Auslastung von 50 bis zu 60 Prozent im Vergleich zu der Situation vor dem Ukraine-Krieg. Der Wettbewerber aus Russland kann zu einem weitaus geringeren Preis Dünger herstellen. Wir vermuten, dass es teilweise das Erdgas dort für die Produzenten fast zum Nulltarif gibt“, so Franzke. Kunstdünger besteht zu 90 Prozent aus Erdgas, schreibt die Tagesschau.

Mit dem Dumpingdünger könnten europäische Produzenten kaum konkurrieren. Wenn dieser Trend sich so fortsetzt, besteht die Gefahr, dass die Ammoniakproduktion in Europa bald am Ende ist und Deutschland vom russischen Dünger abhängig ist.

In Brüssel bei der EU, aber auch in der deutschen Politik regt sich nun Widerstand, weil die massiven Düngerimporte auch Russlands Kriegskasse mit Milliardenbeträgen füllen. Aber auch, weil neueste Recherchen ergeben, dass russische Düngefabrikanten direkter an der Kriegsproduktion beteiligt sind als bisher bekannt. So lieferte der russische Düngerproduzent EuroChem laut Reuters 38.000 Tonnen Salpetersäure an russische Munitionsfabriken, um daraus Artillerie-Munition herzustellen.

Deutsche Politiker erkennen die Gefahr und plädieren inzwischen für eine Ausweitung des Sanktionsregimes der EU, so auch der Energieminister Schleswig Holsteins Tobias Goldschmidt: „Es ist Zeit für ein entschiedenes Vorgehen gegen Düngemittelexporte aus

Putins Petrostaat. Die Bundesregierung muss Druck machen, dass nun schnell ein wirksames Sanktionsregime ohne Hintertür auf europäischer Ebene ins Werk gesetzt wird."

[Wie Putin mit Mineraldünger-Exporten seine Kriegskasse füllt | tagesschau.de](#)

Usmanow klagt erfolgreich gegen Berichterstattung

Der russisch-usbekische Geschäftsmann Alisher Usmanow hat einen weiteren juristischen Sieg in seiner Kampagne zur Rehabilitierung seines Namens errungen, nachdem die deutsche Zeitung Münchner Merkur dazu verurteilt wurde, eine Reihe von Artikeln zurückzuziehen, die die Grundlage für Ermittlungen in Deutschland und für EU-Sanktionen gegen ihn und seine Schwester bildeten. Dies berichtet BNE Intellinews.

Der Münchner Merkur, der Teil eines Untersuchungsteams war, das sich mit dem Fall Usmanow befasste, unterzeichnete drei neue Unterlassungserklärungen und löschte fünfzehn Artikel über Usmanow. Die in München ansässige Zeitung hat nun acht Unterlassungserklärungen unterzeichnet und damit Dutzende von Behauptungen zurückgenommen, die zwischen März und November 2022 aufgestellt worden waren, wie Usmanows Vertreter mitteilte. Dieser Schritt folgt auf einen langwierigen Rechtsstreit von Usmanows Anwälten und zunehmenden Druck auf die deutsche Staatsanwaltschaft, ihre Beweise in einer langjährigen Untersuchung und Rechtssaga zu rechtfertigen.

Einige der gelöschten Artikel wurden von den deutschen Behörden als Grundlage für Ermittlungen gegen Usmanow verwendet und auch in Dokumenten zitiert, die dem EU-Rat übermittelt wurden, um Sanktionen gegen ihn und seine Schwester Gulbakhor Ismailowa zu rechtfertigen. Wie Politico berichtete, sind viele der Beweise, die zur Rechtfertigung der Sanktionen gegen Russen mit angeblich engen Verbindungen zum Kreml vorgelegt wurden, schlampig oder reine Gerüchte.

[bne IntelliNews - Sanctioned tycoon Usmanov wins another legal victory against German daily](#)

Strafverfahren gegen frühere Siemens-Manager wegen Lieferung von Gasturbine auf die Krim 2017

Ein deutsches Gericht hat beschlossen, ein Strafverfahren gegen zwei ehemalige Manager des Maschinenbaukonzerns Siemens einzuleiten, denen vorgeworfen wird, durch die Erleichterung des Exports von Gasturbinen auf die von Russland besetzte Krim gegen Sanktionen verstoßen zu haben. Darüber berichtet Reuters in einer Exklusivmeldung vom 14. März.

Das Hamburger Gericht entschied demnach, das Verfahren gegen zwei Personen fortzusetzen, während die Strafverfolgung gegen drei weitere Personen mangels ausreichender Gründe für eine Fortsetzung des Verfahrens eingestellt wurde. Gleichzeitig legte die Staatsanwaltschaft Berufung gegen die Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens gegen die drei Angeklagten ein. Die Namen der Beteiligten werden von den deutschen Justizbehörden nicht bekannt gegeben.

Ein Vertreter von Siemens erklärte, das Unternehmen könne sich zu laufenden Gerichtsverfahren nicht äußern, wies jedoch darauf hin, dass der Fall nicht Siemens als Unternehmen betreffe und die betreffenden Personen nicht mehr bei Siemens beschäftigt seien.

Gemäß der Sanktionen der Europäischen Union und der USA, die nach der Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014 verhängt wurden, war die Lieferung von Energie oder Energieausrüstung auf die Halbinsel verboten. Im Jahr 2017 wurden jedoch Siemens-Turbinen zur Stromerzeugung an zwei Kraftwerke geliefert, die Moskau auf der Krim baute. Damals erklärte Siemens, die Turbinen seien an einen russischen Kunden geliefert worden, in der Erwartung, dass sie in Kraftwerken in Russland installiert würden, und das Unternehmen habe keine Kenntnis von ihrer späteren Weiterleitung auf die Krim gehabt.

[Exclusive: Two ex-Siemens execs to be tried in Germany over Russia sanctions violations | Reuters](#)

Russischer Geheimdienst steckt offenbar hinter Sabotage

Der russische Militärgeschwabsdienst GRU soll hinter einer internationalen Operation stehen, bei der Brandsätze in der Luftfracht – unter anderem in Deutschland – in Flammen aufgegangen sind. Das recherchierten WDR, NDR und die Süddeutsche Zeitung. Den Recherchen zufolge werden mehrere ranghohe GRU-Angehörige in Verbindung mit den Sabotageplänen gebracht. Dazu gehört unter anderem ein GRU-Oberst, der seit Dezember 2024 von der Europäischen Union sanktioniert ist. Er habe über soziale Medien „Agenten für Sabotageakte in der Union“ rekrutiert.

Demnach seien in Litauen, Polen, Bosnien-Herzegowina und Großbritannien Verdächtige festgenommen worden. Es handle sich um sogenannte Wegwerf-Agenten. Diese sind keine offiziellen Mitarbeiter von Nachrichtendiensten, sondern Personen, die etwa über Messengerdienste wie Telegram angeworben werden. Sie übernehmen demnach bestimmte Aufgaben, ohne die genauen Hintergründe der gesamten Operation zu kennen. Es seien etwa zehn Personen in die Vorgänge involviert gewesen, berufen sich die Berichte auf Sicherheitsbehörden.

An den Flughäfen Leipzig/Halle, Birmingham und in einem Warschauer Vorort waren im Juli vergangenen Jahres Versandpakete in Flammen aufgegangen. Das Handelsblatt berichtete darüber. Die Brandsätze waren den Medienberichten zufolge in Massagekissen versteckt gewesen, die sich zusammen mit Kosmetika und Sex-Spielzeug in den Paketen befanden. Es sei ein Zufall gewesen, dass die Pakete nicht während des Fluges Feuer

gefangen hätten, heißt es weiter. Als Teil der Operation seien auch Flugrouten nach Nordamerika ausgekundschaftet worden.

Russische Terror-Unterstützer angeklagt

Die deutsche Staatsanwaltschaft hat laut verschiedenen Medienberichten Anklage gegen vier russische Staatsangehörige – A. Vakhid, D. Abdulraschid, Z. Surko und D. Zelimkhan – unter anderem wegen Verstoßes gegen EU-Sanktionen erhoben. Die vier sollen ab 2022 eine Organisation gegründet haben, um in der EU Gelder für den Islamischen Staat zu sammeln. Die Spenden wurden über soziale Medien gesammelt und an IS-Mitglieder im Ausland weitergeleitet. Mit ihrer Hilfe erhielt der IS Spenden in Höhe von über 174.000 Euro. Die Beschuldigten werden außerdem der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland verdächtigt.

Steuerbetrug und Verletzung der Russland-Sanktionen

Im Rhein-Main-Gebiet fanden Ende März Razzien wegen großen Steuerbetruges statt, bei denen Millionenwerte gesichert wurden. Beschuldigte verletzen laut Behörden auch das Russland-Embargo. Fahnder führten insgesamt 24 Durchsuchungen im Rhein-Main-Gebiet durch. Das Zollfahndungsamt Frankfurt und die Staatsanwaltschaften Frankfurt und Darmstadt teilten mit, dass die Beschuldigten mithilfe eines Firmengeflechts Autos kauften und verkauften, um Steuern zu hinterziehen und Warenwege zu verschleiern. Dabei sollen auch Verkäufe nach Russland gegen geltende Sanktionen verstoßen haben. Vermögenswerte in Höhe von mehr als 14 Millionen Euro wurden gesichert. Die Durchsuchungen fanden unter anderem in den Landkreisen Offenbach, Main-Taunus, Hochtaunus und Main-Kinzig statt.

Den zwei Hauptbeschuldigten, 58 und 81 Jahre alt, wird vorgeworfen, gegen das Russland-Embargo verstoßen zu haben sowie Umsatzsteuerbetrug in Millionenhöhe begangen zu haben. Zu den gesicherten Vermögenswerten gehören Münzen, Luxusuhren, Musikinstrumente, ein Gemälde im Gesamtwert von über einer Million Euro sowie 13 hochpreisige Kraftfahrzeuge im Gesamtwert von rund drei Millionen Euro. Auch Grundvermögen in Millionenhöhe wurde beschlagnahmt. Speichermedien und Geschäftsunterlagen wurden ebenfalls sichergestellt.

Ein weiteres Verfahren richtet sich gegen einen 55-Jährigen. Er soll entgegen den Sanktionsvorschriften über 150 Kraftfahrzeuge in Nachbarstaaten Russlands ausgeführt haben. Diese Fahrzeuge seien letztlich nach Russland verbracht worden. Bei diesem Beschuldigten seien Geschäftsunterlagen und Speichermedien gesichert sowie mehr als 120.000 Euro Bargeld und zwei teure Fahrzeuge gepfändet worden.

https://frankfurt.t-online.de/region/frankfurt-am-main/id_100656286/frankfurt-razzien-millionen-steuerbetrug-und-russla

3. Europäische Union

Politico: EU-Ländergruppe will sich gegen ungarisches Sanktionsveto wappnen

Eine Gruppe von EU-Regierungen glaubt, eine Lösung gefunden zu haben, um den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán daran zu hindern, Sanktionen gegen Russland zu blockieren – indem sie diese zu nationalen Entscheidungen machen, die keiner europäischen Einigung bedürfen. Sechs Diplomaten bestätigten gegenüber Politico gemeinsame Bemühungen von mindestens einem halben Dutzend Hauptstädten, die EU-weiten Sanktionen gegen Russland in nationales Recht umzusetzen. Dies könnte Ungarns Möglichkeit, ein Veto gegen deren Verlängerung einzulegen, untergraben – derzeit ist für die Verlängerung der Maßnahmen alle sechs Monate die einstimmige Zustimmung der Union erforderlich.

„Wir alle – Mitgliedstaaten und Institutionen – müssen uns darauf einstellen, dass die Sanktionen möglicherweise nicht verlängert werden“, sagte einer der Diplomaten, der aufgrund der Vertraulichkeit der Gespräche anonym bleiben wollte. „Wir müssen sicherstellen, dass das gesamte Sanktionsregime widerstandsfähig ist.“ Es sei zwar nicht zu erwarten, dass alle Regierungen sich dieser Idee anschließen werden, aber wenn mehrere wichtige Länder dies tun, würde dies die Wirkung eines künftigen Vetos Ungarns einschränken.

Bislang haben nur wenige an Russland angrenzende Länder einseitige Sanktionen verhängt, aber Diplomaten bestätigten, dass nun eine größere Zahl von Hauptstädten über eigene Maßnahmen nachdenkt.

Orbán hat wiederholt mit seinem Veto gedroht und damit andere EU-Initiativen blockiert. Er hat geschworen, Maßnahmen gegen russisches Öl, Gas und Nukleartechnologie zu verhindern – trotz Warnungen, dass eine Rückkehr zum Kauf sanktionierter russischer Energie ein fataler Fehler wäre. Im Januar kam es zu einem dramatischen Showdown, als die ungarische Delegation sich weigerte, die Verlängerung der Beschränkungen zu genehmigen – nur wenige Stunden bevor Milliarden von Dollar zurück nach Moskau fließen konnten. US-Außenminister Marco Rubio drängte Budapest hinter verschlossenen Türen zum Einlenken, und die Verlängerung wurde schließlich genehmigt.

Ein Diplomat bestätigte, dass „rechtliche Schritte“ unternommen würden, um das Vetorecht Ungarns zu umgehen, warnte jedoch, dass einige Länder nicht in der Lage seien, Sanktionen in nationales Recht umzusetzen – und dass ein uneinheitliches Vorgehen schwächer wäre als die volle Kraft des EU-Rechts.

[EU countries push to Orbán-proof Russia sanctions – POLITICO](#)

17. Sanktionspaket in Planung:

Kein LNG-Verbot aber Fahrplan für Beendigung der Energielieferungen aus Russland

Nach übereinstimmenden Medienberichten will die EU-Kommission bis Juni ein 17. Sanktionspaket gegen Russland vorschlagen, wobei nach Informationen von Reuters die Arbeiten an den Maßnahmen laut Beamten derzeit nur langsam vorankommen. Die Kommission hatte zuletzt im Januar, als sie ihren Vorschlag für das 16. Sanktionspaket fertigstellte, die Idee eines Verbots russischer LNG-Importe gegenüber den EU-Regierungen ins Spiel gebracht. Dies ist nach Angaben von europäischen Beamten aber verworfen worden, berichtet Reuters. Grund sei der anhaltende Widerstand einiger Regierungen und weil Unsicherheit über alternative Bezugsquellen besteht, wie EU-Beamte mitteilten. Stattdessen will die Kommission einen neuen Fahrplan ausarbeiten, um die Abhängigkeit der EU von russischen Energielieferungen bis 2027 zu beenden. Der Plan soll Anfang Mai vorgestellt werden, Details sind jedoch noch unbekannt.

Zu diesem Fahrplan könnte zumindest ein Verbot des Abschlusses von neuen Energieverträgen mit Russland gehören, wie ebenfalls Reuters berichtet. Die Europäische Kommission prüfe demnach, ob sie Unternehmen in der Europäischen Union per Gesetz verbieten kann, neue Verträge über russische fossile Brennstoffe abzuschließen, teilte ein hochrangiger EU-Beamter laut Reuters mit.

Mit dem Verbot neuer Verträge sollen Spotkäufe von russischem Flüssigerdgas (LNG) durch europäische Unternehmen reduziert werden. Während die russischen Pipelinelieferungen seit der vollständigen Invasion der Ukraine durch Moskau im Jahr 2022 eingebrochen sind, hat die EU im vergangenen Jahr ihre Importe von russischem LNG erhöht. Im Jahr 2024 bezog die EU immer noch 19 Prozent ihrer gesamten Gas- und LNG-Lieferungen aus Russland.

Die Kommission prüfe außerdem die Möglichkeit, Unternehmen eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um sich auf höhere Gewalt zu berufen und ihre laufenden russischen Gasverträge ohne Strafzahlungen zu kündigen, so der Beamte. Die Kommission hat erklärt, dass alle Maßnahmen zur Beschränkung der russischen Energieimporte Moskau stärker treffen müssen als die EU und die Auswirkungen auf die Energiesicherheit und die Kraftstoffpreise in Europa berücksichtigen müssen.

Nach der Veröffentlichung ihres Fahrplans im nächsten Monat plant die Kommission Beratungen mit den EU-Mitgliedstaaten und Unternehmen. Sollte die Kommission beschließen, eines der rechtlichen Instrumente einzusetzen, würde sie einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorlegen. Dieser müsste dann vom Europäischen Parlament und einer verstärkten Mehrheit der EU-Länder gebilligt werden, je nach Art des vorgeschlagenen Rechtsinstruments.

US-Präsident Donald Trump hat mehrfach erklärt, er wolle, dass die EU mehr amerikanisches Gas kauft, und EU-Beamte sehen darin ein mögliches Verhandlungsinstrument, um die US-Regierung davon zu überzeugen, ihre Zölle aufzuheben. Washington hat jedoch noch keine klaren Forderungen gestellt.

Ein Beamter erklärte, die Kommission wolle nicht riskieren, durch Sanktionen russisches Flüssigerdgas zu verlieren und damit ihre Verhandlungsmacht aufzugeben. Die

Kommission und die EU-Regierungen seien auch vorsichtig, eine neue Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu schaffen, dem drittgrößten Gaslieferanten der Union nach Russland und Norwegen.

[EU looking at options to forbid new Russian gas contracts, source says | Reuters](#)
[EU shelves idea of sanctions on Russian LNG imports | Reuters](#)

Sanktionen:

EU-Helpdesk für Kleinere- und Mittlere Unternehmen

Wie bereits im letzten Update berichtet, hat die Europäische Kommission einen EU-Sanktions-Helpdesk etabliert, der sich speziell an Kleinere- und Mittlere Unternehmen richtet. Der neue Dienst soll KMU in allen Sanktionsfragen helfen, bietet allerdings keine Rechtsberatung an.

Die EU verfügt inzwischen nach eigenen Angaben weltweit über mehr als 40 Sanktionsregelungen, die eine Vielzahl restriktiver Maßnahmen umfassen. Diese Komplexität erhöht einerseits die Gefahr für Verstöße, andererseits wirken Ländersanktionen manchmal so abschreckend, dass sie auch zur Einstellung von legalen Geschäften führen (Overcompliance). Hier will die EU mit ihrem neuen Helpdesk ansetzen. Er bietet KMU, die Due-Diligence-Prüfungen im Zusammenhang mit Sanktionen durchführen, individuelle Unterstützung an und verwaltet eine spezielle Website mit Informationen zu Sanktionen, Veranstaltungen, Tipps, Erfahrungsberichten und vielem mehr.

Der Helpdesk deckt nach Angaben der EU alle restriktiven Maßnahmen der Vereinten Nationen und der EU ab. Der Helpdesk arbeitet mit Partnern wie Behörden, Interessengruppen zur Unternehmensförderung, Finanzinstituten und internationalen Sanktions- und Compliance-Organisationen zusammen.

Da es sich hierbei um einen neuen Dienst der Europäischen Kommission handelt, sind Beiträge von Nutzern des Systems willkommen, um die Qualität des Dienstes kontinuierlich zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden Unternehmen gebeten, ihre Beiträge zum Helpdesk direkt an die Europäische Kommission (outreach@eu-sanctions-helpdesk.eu) zu senden.

Unter diesem Link finden Sie die relevanten Informationen zum Helpdesk in englischer Sprache: [EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Weitere Informationen:

[Sanctions due diligence: Where to begin - European Union](#)

EU-Gerichtshof veröffentlicht Statistik 2024

Der Europäische Gerichtshof hat seine Jahresberichte für das Jahr 2024 veröffentlicht. Das Gericht hat in 63 Sanktionsfällen entschieden, davon 47 gegen Russland. 2024 waren noch 91 Sanktionsfälle anhängig (5 Prozent der insgesamt anhängigen Fälle).

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ist eines der sieben Organe der EU. Er umfasst zwei Gerichte: den eigentlichen Gerichtshof und das Gericht. Er ist für die Rechtsprechung in der Europäischen Union zuständig. Die Gerichte tragen dafür Sorge, dass das primäre und sekundäre Unionsrecht auf dem Gebiet der Union richtig ausgelegt und angewandt werden. Sie prüfen, ob die Rechtsakte der Unionsorgane im Einklang mit dem geltenden Recht stehen, und überwachen die Einhaltung der sich aus dem primären und sekundären Recht ergebenden Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten. Auf Ersuchen nationaler Gerichte legt der Gerichtshof darüber hinaus das Unionsrecht aus. Hier die beiden Statistischen Reports:

[Annual Report 2024 | Statistics concerning the judicial activity of the Court of Justice](#)
[Annual Report 2024 | Statistics concerning the judicial activity of the General Court](#)

Erweiterung der EU-Sanktionen gegen Belarus

Am 27. März 2025 hat der EU-Rat weitere Belarus-Sanktionen eingeführt. „Der Rat hat beschlossen, dass 25 natürliche Personen und sieben juristische Personen in die Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen aufgenommen werden, die restriktiven Maßnahmen unterliegen“, erklärte der Rat der Europäischen Union. Zu den sanktionierten Unternehmen gehören: Integral, die Verwaltungsgesellschaft der Integral-Holding (ein bedeutender Hersteller von Mikroelektronik), Planar (ein bedeutender Hersteller von Mikroelektronik für zivile und militärische Zwecke) und das Präzisionselektromechanische Werk (Teil der belarussischen staatlichen Behörde für Militärindustrie, die laut EU ballistische Raketen herstellt).

Was Einzelpersonen betrifft, so gelten die Sanktionen für den Generaldirektor von Planar, Sergej Awakow, den Direktor des Precision Electromechanical Plant, Jury Cherny, Mitglieder der belarussischen Zentralen Wahlkommission, eine Reihe von Richtern, den Leiter der belarussischen Präsidialverwaltung für Vermögensangelegenheiten, Jury Nasarow, und seine Stellvertreter.

Im Laufe des April haben acht weitere Staaten die Maßnahme übernommen, wie Interfax berichtet: „Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen und die Ukraine schließen sich diesem Beschluss des Rates an. Sie werden sicherstellen, dass ihre nationalen Politiken mit diesem Beschluss des Rates im Einklang stehen“, hieß es in einer EU-Erklärung. „Die Europäische Union nimmt diese Verpflichtung zur Kenntnis und begrüßt sie“, erklärte der Rat.

[Eight states join EU sanctions against Belarus](#)

Estland gibt gesperrten Tanker wieder frei

Estland hat einen vor zwei Wochen festgesetzten Öltanker wieder freigegeben, der zur sogenannten russischen Schattenflotte gehören soll. Dies berichtete das Handelsblatt am 28. April. Bei einer erneuten Inspektion des Schiffs „Kiwala“ sei festgestellt worden, dass kritische Mängel behoben worden seien. Daher sei dem mit EU-Sanktionen belegten Tanker die Erlaubnis erteilt worden, die estnischen Hoheitsgewässer zu verlassen, teilte die Verkehrs- und Transportbehörde in Tallinn mit. Wie aus Daten von Schiffs-Tracking-Diensten hervorgeht befindet sich die „Kiwala“ inzwischen wieder auf dem Weg in Richtung Russland.

Die estnischen Behörden hatten den Tanker am 11. April vor der Küste des baltischen EU- und Nato-Landes gestoppt und ihm die Weiterfahrt bis zur Klärung verschiedener rechtlicher und sicherheitsrelevanter Fragen untersagt.

Bei einer Inspektion wurden insgesamt 40 Probleme festgestellt. Davon waren nach estnischen Angaben 29 erheblich und Grund für die Festsetzung, die nicht mit der

Treffen der Sanktionskoordinatoren

Am 8. April fand unter dem Vorsitz des EU-Sonderbeauftragten für Sanktionen David O`Sullivan in Brüssel das fünfte Forum der Sanktionskoordinatoren statt, an dem hochrangige Vertreter aller EU-Mitgliedstaaten und einer breiten Koalition internationaler Partner (Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Japan, Republik Korea, Kanada, Australien, Neuseeland, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz, Island) teilnahmen. Vertreter der ukrainischen Regierung nahmen an einer gesonderten Sitzung teil. [Kommissarin Maria Luis Albuquerque](#), die für Sanktionen zuständig ist, eröffnete das Forum und betonte, wie wichtig es ist, die enge Koordinierung mit den G7-Partnern – und darüber hinaus – fortzusetzen, um den wirtschaftlichen Druck auf Russland aufrechtzuerhalten.

Das Forum bot Gelegenheit, eine Bilanz der anhaltenden Auswirkungen der [Sanktionen gegen Russland](#) zu ziehen und dabei die disruptiven Auswirkungen und zusätzlichen Kosten der Maßnahmen für den Zugang Russlands zu sensiblen Technologien hervorzuheben. Die Diskussionen befassten sich auch mit der Lage des russischen militärisch-industriellen Komplexes und mit allgemeineren Überlegungen zu den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Russlands.

Die Teilnehmer tauschten sich darüber aus, wie der wirtschaftliche Druck aufrechterhalten und die Einnahmen Russlands verringert werden können, und erörterten dabei auch die Rolle der „Schattenflotte“. Das Forum befasste sich mit der Schwächung der industriellen Basis Russlands und der Kontrolle von sanktionierten Gütern mit industrieller Verwendung, wie beispielsweise den kürzlich überarbeiteten wirtschaftlich kritischen Gütern der EU. Die Umsetzung und Durchsetzung, insbesondere durch die Bekämpfung von Umgehungspraktiken und neuen Trends, sowie die

Kommunikation mit Ländern außerhalb der Sanktionskoalition waren übergreifende Themen.

Im Rahmen des Forums erklärte der EU-Sonderbeauftragte für Sanktionen O'Sullivan: „Seit der vollständigen Invasion Russlands in die Ukraine sind mehr als drei Jahre vergangen, und die russische Wirtschaft befindet sich in großen Schwierigkeiten. Wir müssen den Druck aufrechterhalten.“

[Statement by EU Sanctions Envoy, David O'Sullivan on the fifth Sanctions Coordinators Forum - European Commission](#)

EU-Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Verbesserung nationaler Kontrolllisten

Vor dem Hintergrund der verstärkten Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit der Europäischen Union und die Stärkung der technologischen und industriellen Basis der EU im Verteidigungsbereich haben die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen in jüngster Zeit weitere Änderungen und Aktualisierungen verschiedener Ausfuhrkontrollregelungen vorgenommen, wie die in Amsterdam und Paris aktive Kanzlei Bennink Dunin-Wasowicz auf ihrer Webseite berichtet.

Am 8. April 2025 veröffentlichte demnach die EU-Kommission die Empfehlung (EU) 2025/683 zur Verbesserung der Koordinierung und Wirksamkeit nationaler Kontrolllisten für Güter mit doppeltem Verwendungszweck, die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 9 der Verordnung über Güter mit doppeltem Verwendungszweck verabschieden können.

Artikel 9 ermöglicht es den Mitgliedstaaten, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit eigene Kontrollmaßnahmen für nicht in Anhang I aufgeführte Güter zu erlassen. Diese Maßnahmen können nationale Kontrolllisten umfassen oder auch nicht. Im letzteren Fall werden sie von der Kommission erstellt und lösen Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung über Güter mit doppeltem Verwendungszweck aus, wodurch andere Mitgliedstaaten diese als Rechtsgrundlage für die Umsetzung ihrer eigenen Kontrollen nutzen können. Bislang haben nur drei Mitgliedstaaten nationale Kontrolllisten verabschiedet: die Niederlande, Spanien und Frankreich. Viele weitere Mitgliedstaaten haben jedoch Artikel 9 zur Einführung von Kontrollen herangezogen, ohne auf Listen zurückzugreifen, insbesondere in den letzten zwei Jahren, da Russland die Einstimmigkeitsregel des Wassenaar-Arrangements – des multilateralen Regimes zur Festlegung von Normen für die Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, auf dessen Grundlage Anhang I der Dual-Use-Verordnung aktualisiert werden muss – ausnutzt und den Prozess verlangsamt, wenn nicht gar vollständig blockiert.

Angesichts dieser vermehrten Anwendung von Artikel 9 hat die Kommission einen Rahmen für ein besser koordiniertes Vorgehen skizziert, das sich aus der Notwendigkeit ergibt, das EU-Regime für die Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck zu optimieren und eine mögliche Umgehung der Kontrollen durch Forum Shopping zu verhindern.

Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten, einen ähnlichen Ansatz wie die multilateralen Regelungen – darunter das Wassenaar-Arrangement, das als Ergänzung dazu angesehen wird – zu verfolgen, sowohl bei der Bewertung der Zweckmäßigkeit ihrer Annahme (auf der Grundlage nationaler Risiken und objektiver technischer Parameter) als auch bei der Form der Liste (mit alphanumerischen Kontrollcodes und technischen Anmerkungen).

Anschließend schlägt sie ein koordiniertes Verfahren für die Annahme nationaler Kontrolllisten auf rein freiwilliger Basis vor, das gegenseitige und kontinuierliche Konsultationen im Rahmen des Dual-Use-e-Systems (DeUS) vorsieht. Angesichts der Blockade multilateraler Regime sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, zunehmend nationale Maßnahmen, einschließlich nationaler Kontrolllisten, einzusetzen, jedoch in koordinierter Weise, schlussfolgert Bennink Dunin-Wasowicz. Um die Entstehung eines heterogenen Regimes innerhalb der EU mit einem Flickenteppich nationaler Maßnahmen zu verhindern, fordert die Kommission eine Koordinierung. EU-Akteure sollten diese vereinzelt Entwicklungen beobachten und angemessene Ressourcen für die Einhaltung der Handelsvorschriften bereitstellen, da für ihre Tätigkeiten mehrere Normen gelten könnten.

[BDW](#)

4. Russland

Mehrheit der russischen Unternehmen wünscht sich Ende der Sanktionen

Eine Umfrage von Analysten des Instituts für Wirtschaftsprognosen der Russischen Akademie der Wissenschaften (INP), die vom russischen Wirtschaftsmedium RBC ausgewertet wurde, hat ergeben, dass die meisten russischen Industrieunternehmen eine Lockerung der Sanktionen begrüßen würden. Erhofft wird vor allem die Wiederaufnahme der Lieferungen von Ausrüstung und Technologie nach Russland. Jedes fünfte russische Unternehmen hingegen, befürchtet negative Effekte durch die Aufhebung der Beschränkungen.

Die Ergebnisse der Umfrage unter Industrieunternehmen wurden laut RBC vom russischen Wirtschaftswissenschaftler Sergei Tsukhlo vom Institut für nationale Wirtschaftsprognosen (INP) der Russischen Akademie der Wissenschaften auf einer Konferenz über Wirtschaftsstatistiken und -analysen an der Finanzuniversität der Regierung vorgestellt. Tsukhlo führt monatliche Umfragen unter Industriellen durch und berechnet einen „Index des industriellen Optimismus“. Im Februar und März fiel dieser Indikator für die Stimmung in der russischen Industrie laut RBC am „Gefrierpunkt“ ein und blieb bei Nullwerten, schrieb der Wirtschaftswissenschaftler Ende März.

Die April-Umfrage enthielt Fragen dazu, wie die Unternehmen die möglichen Folgen der Aufhebung der Sanktionen einschätzen, welche Risiken und positiven Auswirkungen sie davon erwarten. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) schätzt die Folgen der Aufhebung der Sanktionen positiv ein, 26 Prozent - neutral. Eher Nachteile durch eine

Sanktionsaufhebung befürchten demnach 18 Prozent der befragten Unternehmen, nur ein Prozent sprach sich kategorisch gegen eine Sanktionsaufhebung aus.

Tsukhlo wies auf die „doppelte Natur“ der Haltung der russischen Industrie zu den Sanktionen hin. „Einerseits ist sie auf die Lieferung von importierten Komponenten, Ausrüstungen und Materialien angewiesen, andererseits wird sie mit den zurückkehrenden Importen konkurrieren müssen“, erklärte er. Trotzdem überwiegen die positiven Einschätzungen der Folgen der Aufhebung der Sanktionen, die Unternehmen sehen mehr Pluspunkte als Minuspunkte, so zitiert RBC den Ökonom.

Die wichtigste positive Auswirkung, die von fast drei Vierteln der Industriellen erwartet wird, ist die Wiederherstellung der Versorgung mit Ausrüstung, Ersatzteilen und Technologien. Fast ebenso viele (72 Prozent) erwarten die Wiederaufnahme der Lieferungen von importierten Komponenten und Materialien. Abgerundet werden die ersten drei Plätze durch die Erwartung der Wiederherstellung normaler Abrechnungen für Export-Import-Geschäfte, die 45 Prozent der Befragten wünschen.

Als weitere positive Folgen nannten die Befragten am häufigsten die Wiederherstellung der früheren Technologieketten und der Produktqualität (33 Prozent) sowie die Wiederherstellung der Exportnachfrage und der Logistikketten (32 Prozent). Die Unternehmen glauben auch, dass nach der Rückkehr der Importe die Preise für importersetzende Ausrüstungen - russische (30 Prozent erwarten dies) und chinesische (27 Prozent) - sinken werden.

Als Hauptrisiko bezeichnen die Unternehmen die Rückkehr von Importen, die mit ihren Produkten auf den Absatzmärkten konkurrieren - 39 Prozent äußerten solche Befürchtungen. Die anderen am häufigsten genannten Nachteile der Aufhebung der Sanktionen sind ein Rückgang der importsubstituierenden Nachfrage nach russischen Unternehmensprodukten (21 Prozent) und die Verdrängung von russischen Importsubstituten, die jetzt benötigt werden (19 Prozent). 8 Prozent der befragten Unternehmen schließen nicht aus, dass der verstärkte Wettbewerb die Kosten ihrer Produkte und Preise erhöhen wird.

Sanktionsbilanz der Unternehmen

In dem Bericht verglich Tsukhlo auch die Erwartungen der russischen Industriellen an die Einführung von Sanktionen und den Rückzug ausländischer Importeure mit dem aktuellen Stand der Dinge, wobei er die Ergebnisse der Umfragen vom April 2022 und März 2025 verglich. Die am weitesten verbreitete Folge der Sanktionen war und ist ein Anstieg der Produktionskosten und Preise aufgrund des Mangels an alternativen Lieferanten in Russland oder befreundeten Ländern: 64 Prozent sagten dies im Jahr 2022, und 60 Prozent drei Jahre später. Die zweithäufigste Befürchtung ist der Mangel an alternativen Lieferanten. So sagten dies im Jahr 2022 62 Prozent der Unternehmen und im Jahr 2025 - 55 Prozent.

Die größte Diskrepanz zwischen den Erwartungen von 2022 und der Realität von 2025 ergab sich bei der Einschätzung eines möglichen Produktionsrückgangs aufgrund der Unfähigkeit, importierte Rohstoffe und Komponenten zu ersetzen. Während zu Beginn des Sanktionsdrucks 34 Prozent der Unternehmen solche Bedenken äußerten, sprachen

im März dieses Jahres nur 9 Prozent der Unternehmen von einem solchen Risiko. Darüber hinaus hat sich der Anteil derjenigen, die sich Sorgen über die Einstellung oder den Ersatz bestehender importierter Ausrüstungen machen, weil deren Wartung und Reparatur nicht möglich ist, halbiert (von 40 auf 20 Prozent).

Die positiven Erwartungen an die Einführung von Sanktionen, die die russische Wirtschaft im Frühjahr 2022 geäußert hat, haben sich bewahrheitet: Erwarteten damals 36 Prozent der Unternehmen einen Anstieg der importersetzenden Nachfrage nach ihren Produkten, so sind es 2025 bereits 41 Prozent.

Eine im Januar 2025 von der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer (RSPP) durchgeführte Umfrage ergab, dass bis Ende 2024 der Anteil der Unternehmen, die in der einen oder anderen Weise unter den sanktionsbedingten Einschränkungen leiden, zurückgegangen ist. Insbesondere ging der Anteil derjenigen zurück, die angaben, dass sie aufgrund von Einfuhrbeschränkungen nicht in der Lage waren, neue Ausrüstungen zu kaufen (von 29 Prozent im zweiten Quartal auf 15 Prozent im vierten Quartal), und dass sie keine Zahlungen an ausländische Geschäftspartner leisten konnten (von 28 Prozent im zweiten Quartal auf 15 Prozent). Während in der ersten Jahreshälfte noch 20 Prozent der befragten Unternehmen von den Auswirkungen der Sanktionen auf ihre Geschäftstätigkeit berichteten, sank ihr Anteil bis zum Jahresende auf 14 Prozent.

Importsubstitutionsprozesse haben die Abhängigkeit der russischen Hersteller von ausländischen Lieferanten verringert, aber in kapitalintensiven Branchen (z.B. Elektronik, Automobilkomponenten und Industrieausrüstung) ist die Verringerung des Importanteils immer noch eine große Herausforderung, sagt laut RBC Andrei Kusik, Projektleiter der Beratungsfirma ATK+. Obwohl die Unternehmen ihre Beschaffungsstrategie weitgehend angepasst und neu ausgerichtet haben, versuchen einige Unternehmen, den Lebenszyklus bereits gekaufter Ausrüstungen zu maximieren, insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Leitzinses der Zentralbank, fügt der Experte hinzu.

„Unter diesen Bedingungen nutzen die Unternehmen in der Regel drei Beschaffungskanäle: Parallelimport, Kauf von OEM-Lösungen und Analoga sowie die Entwicklung von Reverse Engineering“, weiß Kusik. OEM (von Original Equipment Manufacturer) ist die Produktion von Waren unter der Marke des Kunden beim Originalhersteller.

Alexander Tretjakow, Direktor des Kronshtadt Engineering Centre, ist der Ansicht, dass beispielsweise in der Öl- und Gasindustrie der Lokalisierungsgrad bei einer Reihe von Ausrüstungsgegenständen für die geologische Exploration und die anschließende Erschließung von Feldern bei 85-90 Prozent liegt, während Gasturbinen (für die Gaskompression und die Stromerzeugung) die wichtigsten „Wachstumsbereiche“ in Bezug auf die Importsubstitution bleiben. Im Erdölraffineriekomplex hat der Lokalisierungsgrad bei Regelventilen und Pumpenprodukten zugenommen, während bei Kompressorausrüstung und Hochleistungsdampfturbinen zwar ein langsames, aber immer noch ein Wachstum erzielt wird“, so Tretjakow.

Erfolge bei der Importsubstitution sind vor allem in Branchen mit niedrigem und mittlerem Technologieniveau zu verzeichnen, aber selbst dort, wo es möglich war, eine eigene Produktion zu organisieren, ist die Qualität der Produkte oft schlechter als die der

importierten Analoga, sagt Anna Fedyunina, stellvertretende Direktorin des Zentrums für Strukturpolitikforschung an der National Research University Higher School of Economics. „Dies gilt insbesondere für bestimmte Bereiche des Werkzeug- und Maschinenbaus, wo sich die durch Importe ersetzten Produkte durch eingeschränkte Funktionalität, kürzere Lebensdauer und das Fehlen moderner digitaler Schnittstellen auszeichnen“, sagt sie.

Kurzfristig wird die Lockerung der Sanktionen in der Tat als positiver Faktor wahrgenommen - sie eröffnet die Möglichkeit, Engpässe in den Produktionsketten schnell zu beseitigen, insbesondere was den Zugang zu Hightech-Komponenten und -Ausrüstung betrifft, sagt Kusik. Wettbewerb ist wichtig, und eine zu lange „Isolierung“ der Importsubstitution erlaubt es nicht, die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Produkte zu erreichen, glaubt Fedyunina.

[Российские предприятия назвали плюсы и минусы возможной отмены санкций :: Экономика :: РБК](#)

Behörden arbeiten Bedingungen für Rückkehr von westlichen Unternehmen aus

Wie RBC berichtet, arbeiten die Behörden an einer vorläufigen Liste von Bedingungen, die ausländische Unternehmen erfüllen müssen, um nach Russland zurückkehren zu können. Zu diesen Bedingungen gehören Mechanismen zum Schutz einheimischer Unternehmen, die in die Importsubstitution investiert haben. „Wir sind dafür, die Türen zu den Märkten zu schließen, auf denen unsere Produzenten aufgetreten sind. Es kann ein gewisser Zeitraum sein, zum Beispiel zwei oder drei Jahre, um die Möglichkeit zu geben, die Investitionen zurückzugewinnen“, sagte Elena Dybova, Vizepräsidentin der Industrie- und Handelskammer der Russischen Föderation.

Nach dem kurzfristigen positiven Effekt der Lockerung der Sanktionen „könnten Probleme auftreten“, warnt Alexander Shirov, Direktor des INP RAS. „Und hier ist die Schlüsselfrage, inwieweit Investitionen in die Produktion, die in den Jahren 2022-2024 getätigt wurden, unterstützt werden, damit die Unternehmen wirklich arbeiten und ihre Produkte auf dem Markt verkaufen können“, betont er.

Wie die Tageszeitung Iswestia berichtet, prüft die Regierung derzeit einen Gesetzesvorschlag des Duma-Ausschusses für Eigentumsverhältnisse, der sogar die Möglichkeit eines weitgehenden Verbots von Rückkäufen vorsieht. Ein Verbot soll zum Beispiel möglich sein, wenn das ausländische Unternehmen seinen Sitz in einem der sogenannten „unfreundlichen Länder“ hat oder wenn der Rückzugsverkauf zwischen dem 24. Februar 2022 und dem 1. März 2025 erfolgte. Auch Rückkäufe zu einem Preis unter dem aktuellen Marktwert sollen verboten werden dürfen, oder wenn das betroffene Unternehmen eine hohe soziale Bedeutung für die russische Wirtschaft hat.

Juristen sehen allerdings rechtliche Hürden für das Vorhaben. Ein rückwirkendes Verbot würde das Wesen von Verträgen beeinträchtigen und das Prinzip der Vertragsfreiheit verletzen, bemerkt etwa Dmitrij Paschin von der Kanzlei „Klischin und Partner“. Die

ausländischen Unternehmen könnten sich an das Verfassungsgericht wenden, um diese Frage zu klären, so der Jurist.

Präsident Wladimir Putin forderte die russische Regierung im März auf, Verfahren für die Rückkehr westlicher Unternehmen nach Russland zu entwerfen. Er sagte jedoch, dass es für Unternehmen, die bei ihrem Rückzug aus dem Land „trotzig die Tür zuschlugen“, keinen einfachen Weg zurück geben werde, und dass einige feststellen würden, dass ihre Nischen bereits von russischen Konkurrenten besetzt worden seien. Präsident Wladimir Putin hat angeordnet, bis 15. Mai zudem eine Liste von Unternehmen aus „unfreundlichen Ländern“ zu erstellen, die seit Februar 2022 das Land verlassen oder ihre Geschäfte heruntergefahren haben. Dort soll neben den Eigentümern und Aktionären der Unternehmen auch festgehalten werden, unter welchen Umständen der Rückzug erfolgte. Zu den Rückkehrbedingungen für ausländische Investoren, die unter den Ministerien noch abgestimmt werden müssen, gehört laut russischen Medien unter anderem die Lokalisierung der Produktion und der Transfer von Technologie.

[Чебесков: подготовлен проект условий для возвращения иностранных компаний в РФ - Ведомости](#)

Auslaufende Rückkaufrechte westlicher Unternehmen

Etwa 30 Prozent der Rückkaufrechte, die sich US-Unternehmen bei ihrem Russlandrückzug vertraglich gesichert hatten, sind nach Angaben des US-Wirtschaftsverbands AmCham Russia inzwischen ausgelaufen. Der Grund dafür sei, dass die Regierung ab 2023 die Laufzeit der neu vereinbarten Rückkaufoptionen auf zwei Jahre begrenzt hatte, wie Experten erklären. Experten erklären, dass selbst bei noch bestehendem Rückkaufrecht eine Erlaubnis der zuständigen Regierungskommission erforderlich sei. Wie bei den US-Unternehmen soll der Anteil der ausgelaufenen Rechte bei den übrigen ausländischen Unternehmen ebenfalls bei rund 30 Prozent liegen.

Asiatische Konzerne trotz Sanktionen weiter stark in Russland engagiert

Zahlreiche asiatische Unternehmen sind nach wie vor in Russland tätig und halten ihre Geschäfte trotz der anhaltenden internationalen Sanktionen aufrecht, die nach der umfassenden Invasion in der Ukraine verhängt wurden. So heißt es in einem ausführlichen Bericht von „bne IntelliNews“, auf den sich Märkte Weltweit Medien in einem Beitrag bezieht. Um weiter auf dem Markt aktiv zu sein, würden verschiedene Strategien angewendet.

Japan Tobacco zum Beispiel, das sich zu 33 Prozent im Besitz der japanischen Regierung befindet, pausiert zwar mit Investitionen und Werbung, führt das Kerngeschäft aber unangetastet weiter, wobei die Gewinne aus Russland etwa 20 Prozent der Einnahmen ausmachten, wie der CEO des Unternehmens im Mai 2024 gegenüber der „Financial

Times“ erklärte. Japan Tobacco beschäftigt über 4.000 Mitarbeiter in vier russischen Fabriken und hat sich auf die Sanktionen eingestellt, indem es die Logistik über die Türkei leitet und die Zuständigkeiten der Unternehmensleitung nach Hongkong verlagert hat.

Laut einer von der Kyjiwer Wirtschaftshochschule geführten Liste haben auch chinesische Unternehmen ihre Präsenz in Russland ausgebaut und nutzen das durch den Rückzug des Westens entstandene Vakuum aus. Ein prominentes Beispiel ist Great Wall Motor Co., das seinen Umsatz in Russland bis 2023 verdoppelte, als die meisten großen europäischen und amerikanischen Automobilhersteller ihre Geschäftstätigkeit entweder einstellten oder sich ganz zurückzogen. Chinesische Autohersteller kontrollierten im Jahr 2024 etwa 62 Prozent des russischen Automarktes.

Haier, ein weiterer chinesischer Hersteller, hat seine Präsenz in Russland ebenfalls ausgebaut. Das Unternehmen betreibt bereits mindestens drei Fabriken in Russland und kündigte für Mitte 2022 den Bau einer vierten Fabrik in Naberezhnye Chelny an. Der Umsatz von Haier stieg im Jahr 2023 um mehr als 50 Prozent, was auf den Rückzug westlicher Konkurrenten und die aggressive lokale Marketingstrategie des Unternehmens zurückzuführen ist.

Xiaomi ist zwar weniger direkt an der Produktion in Russland beteiligt, floriert aber weiterhin auf dem russischen Markt für Unterhaltungselektronik. Im Juli 2022 entfielen auf Xiaomi und seine Untermarke POCO dominierende 42 Prozent aller in Russland verkauften Smartphones.

Auch die Finanzinstitute spielten eine zentrale Rolle in diesem anhaltenden Engagement. Die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) unterhält ihre russische Tochtergesellschaft, die ICSIB Bank, die zwischen 2022 und 2025 ein explosionsartiges Wachstum verzeichnete – vor allem, weil die Moskauer Zentralbank ihr mehr als nur entgegenkam.

Hikvision, bekannt für die Herstellung von Überwachungstechnologie, habe ebenfalls erhebliche Zuwächse in Russland verzeichnet. Der Umsatz des Unternehmens stieg 2022 um 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum ist ein Indiz für die gestiegene Nachfrage nach Ausrüstung für den russischen staatlichen Überwachungsapparat und einen Mangel an westlichen Alternativen.

Indische Unternehmen wie Bajaj Auto und Dr. Reddy's Labs sind ebenfalls weiterhin in Russland tätig. Da diese Unternehmen über eine überwiegend in Indien ansässige Lieferkette verfügen, die von allen größeren westlichen Engagements abgeschirmt ist, sind sie von den Störungen, die ihre Kollegen aus Europa und den USA erfahren haben, weitgehend verschont geblieben.

Wenn Länder genannt werden, über die Russland Sanktionen umgangen werden, spielt Südkorea bislang keine Rolle. Doch nun gerät das Land, das geographisch zwar nicht an Russland grenzt, aber in relativer Nähe zur russischen Wirtschaftsmetropole Wladiwostok liegt, bei Experten stärker in den Fokus. Südkorea soll demnach als Hub von Parallelimporten etwa im Automobilbereich eine immer stärkere Rolle spielen.

Ins Bild passt, dass große südkoreanische Konzerne zuletzt immer mehr Schritte unternahmen, um ihre Geschäfte in Russland wieder aufzunehmen, berichtete laut Märkte Weltweit Medien die „Moscow Times“ unter Berufung auf die „Korea Times“.

LG Electronics hat demnach kürzlich den Betrieb seines Werks in der Nähe von Moskau wieder aufgenommen, der seit August 2022 ausgesetzt war. Das Unternehmen, ein wichtiger Hersteller von Fernsehgeräten, Waschmaschinen und Kühlschränken, hatte seine Lieferungen nach Russland im März 2022 nach dem Einmarsch in der Ukraine eingestellt. „Der Schritt zielt darauf ab, eine Verschlechterung der Produktionsanlagen zu verhindern, die seit dem Ausbruch des Krieges stillgelegt sind“, wurde ein LG-Beamter zitiert.

Samsung Electronics, der Hauptkonkurrent von LG, hat seine Marketingausgaben in Russland erhöht, wobei die Ausgaben zwischen Januar und Februar um 30 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen sind. Samsung hat die Produktion in seiner Fabrik für Fernseher, Monitore und Waschmaschinen in der Region Kaluga im Jahr 2022 eingestellt und Berichten zufolge einige seiner Fertigungslinien an lokale Unternehmen verpachtet. Trotz des Produktionsstopps sind Samsung-Produkte in Russland weiterhin über einen Mechanismus zur Umgehung von Sanktionen erhältlich, der als „Parallelimport“ bekannt ist.

Die Hyundai Motor Group steht vor einer Frist bis 2025, um eine Rückkaufoption für ihr Werk in St. Petersburg auszuüben, das sie im Dezember 2023 für 10.000 Rubel (120 US-Dollar) verkauft hat. Alle drei südkoreanischen Unternehmen haben betont, dass ihre Maßnahmen noch vorläufig sind und von den künftigen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den Sanktionen abhängen.

Sanktionen gegen 21 britische Parlamentarier

Russland hat laut einem Bericht des Guardian Sanktionen gegen 15 britische Abgeordnete und sechs Mitglieder des House of Lords verhängt und ihnen wegen „feindseliger Äußerungen und unbegründeter Anschuldigungen“ gegenüber Moskau die Einreise verboten. Das russische Außenministerium veröffentlichte demnach eine Erklärung, in der es Großbritannien vorwirft, „anti-russische Narrative zu erfinden“ und zu versuchen, das Land zu „dämonisieren“. Das Ministerium kündigte Sanktionen gegen 21 britische Politiker aus dem gesamten politischen Spektrum an, darunter Parlamentarier, die die Beschlagnahmung eingefrorener russischer Vermögenswerte und deren Verwendung zur Finanzierung der Ukraine gefordert hatten.

[Russia imposes sanctions on 15 UK MPs over 'hostile statements' | House of Commons | The Guardian](#)

Trumps Friedensplan und weitere Spekulationen über Abschaffung von Russland-Sanktionen

In das Thema Sanktionen scheint in den Überlegungen zu einem Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine Bewegung zu kommen. Berichte über Überlegungen zur Aufhebung der Sanktionen sind vielfältig und reichen von der Aufhebung von Sanktionen gegen die russische Fluggesellschaft Aeroflot bis hin zu Nord Stream 2. Wir fassen aktuelle Meldungen zusammen:

Das Weiße Haus debattiert angeblich über die Aufhebung der Sanktionen gegen die russische Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 und andere russische Vermögenswerte in Europa. Dieser Vorschlag sei Teil der Gespräche über die Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine, wie fünf mit den Gesprächen vertraute Personen gegenüber Politico angaben.

Der Friedensplan der US-Regierung sieht nach verschiedenen Medienberichten die Anerkennung der illegalen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, eine Absage an die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und die Aufhebung der Sanktionen vor. Der Vorschlag von US-Präsident Donald Trump, der von Politico als „Diktatfrieden“ bezeichnet wird, bezeichnete Trump als „letztes Angebot“. Sowohl er als auch Vize-Präsident JD Vance fordern von Selenskyj ein Einlenken, andernfalls werde sich Washington „aus diesem Prozess zurückziehen“. Trumps Plan umfasst laut Table.Media im Wesentlichen sieben Punkte: Demnach will die Trump-Regierung Russlands Souveränität über die Krim formell anerkennen und Moskaus Kontrolle über vier ukrainische Provinzen entlang der Frontlinie zur Kenntnis nehmen. Die Ukraine müsste auf einen Nato-Beitritt verzichten, dürfte aber Mitglied der EU werden. Sie soll einen Rohstoff-Deal mit US-Firmen unterzeichnen und den USA den Betrieb des Atomkraftwerks Saporischschja übertragen. Die USA würden sämtliche Sanktionen gegen Russland aufheben.

Zu den US-Angeboten an Russland zählt laut Politico unter anderem auch die Aufhebung der derzeitigen Sanktionen gegen die Pipeline Nord Stream 2, die sibirische Erdgasfelder mit Westeuropa verbindet. Dies wäre eine deutliche Kehrtwende in der US-Politik. Die ersten US-Sanktionen gegen das Projekt waren unter Präsident Trump gegen den Willen der Bundesregierung eingeführt worden, später durch US-Präsident Biden dann kurzzeitig aufgehoben worden, ehe sie zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 erneut aktiviert wurden.

Die Pipeline Nord Stream 2, von der noch ein unbeschädigtes Rohr existiert – das zweite hatte mutmaßlich ein ukrainisches Sonderkommando zusammen mit der Pipeline Nord Stream 1 im Herbst 2022 gesprengt – könnte Erdgas nach Deutschland transportieren. Vorausgesetzt, die Bundesregierung zertifiziert die Pipeline. EU-Sanktionen gegen das Projekt gibt es nicht. Allerdings hat die EU erklärt, generell aus russischem Erdgas aussteigen zu wollen. Die Aufhebung der Sanktionen wäre dennoch ein diplomatischer Coup für Russland und ein großes Zugeständnis von Trump.

Der Sonderbeauftragte des Weißen Hauses Steve Witkoff ist angeblich der Hauptbefürworter einer Aufhebung der Sanktionen, wie Personen, die mit den Gesprächen vertraut sind, gegenüber Politico angaben. Witkoff, der erklärt hat, in seiner Funktion als Trumps Gesandter in Moskau eine freundschaftliche Beziehung zu Putin entwickelt zu haben, hat sein Team angewiesen, eine Liste aller Energiesanktionen zu erstellen, die die Vereinigten Staaten im Rahmen dieser Bemühungen gegen Russland verhängt haben, wie zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen angaben. In einer gemeinsamen Erklärung des Weißen Hauses bestritten Außenminister Marco Rubio und Witkoff allerdings, dass Gespräche über eine Lockerung der Sanktionen stattgefunden hätten: „Das ist falsch. Keiner von uns hat Gespräche über die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland als Teil eines Friedensabkommens mit der Ukraine geführt“, heißt es in ihrer Erklärung. „Das ist eine völlig erfundene und unverantwortliche Berichterstattung von Politico.“

Eine zweite Person sagte, dass Witkoff zwar die Idee einer Aufhebung der Energiesanktionen ins Spiel gebracht habe, diese Idee jedoch bislang im Weißen Haus wenig Anklang gefunden habe und Rubio versucht habe, sie zu torpedieren. „Das ist noch kein fertiger Kuchen, auch wenn die Zutaten schon zusammengestellt sind“, sagte diese Person.

Zu den Gegnern dieser Idee gehören Rubio und Innenminister Doug Burgum, der auch Vorsitzender des Energy Dominance Council des Weißen Hauses ist, wie aus gut informierten Kreisen bekannt wurde. Einige Mitglieder der US-Regierung sind der Meinung, dass Witkoff von Russland über das Ausmaß der wirtschaftlichen Chancen für die USA durch die Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen mit Russland getäuscht worden sei, wie eine andere mit der Angelegenheit vertraute Person erklärte.

„Es gibt eine interne Debatte im Weißen Haus zwischen den Befürwortern der Energiedominanz – Burgum, der Märkte für US-Flüssigerdgas will – und Witkoff, der eine Annäherung an Russland anstrebt“, sagte einer der Informanten gegenüber Politico. Die Rückeroberung Russlands als Europas wichtigster Energielieferant wäre ‚ein Blutbad für die amerikanischen [Öl- und Gas-]Produzenten‘, so diese Person weiter. Wenn Russland die Gaslieferungen über Nord Stream 2 oder das ebenfalls sanktionierte Terminal Arctic 2 LNG wieder aufnehmen darf, würde dies die weltweiten Gaspreise drücken und US-LNG-Exporteure wie Cheniere Energy und andere Unternehmen in direkten Wettbewerb mit Russland bringen, sagte Laurent Ruseckas, Geschäftsführer des Marktanalyseunternehmens S&P Global Commodity Insights.

Mehrere Außenstehende setzen sich nach verschiedenen Medienberichten allerdings weiter bei der Regierung für eine Aufhebung der Sanktionen ein. Einer der aktivsten Lobbyisten ist Stephen Lynch, Leiter der globalen Privatinvestmentfirma Monte Valley Partners mit Sitz in Miami. Lynch hat sich auf den Kauf von Energieinfrastrukturanlagen spezialisiert, die zuvor Russland gehörten. Im Jahr 2007 kauften er und seine Partner Teile des russischen Ölkonzerns Yukos zu einem erheblichen Preisnachlass. Vor kurzem erwarb er die Schweizer Niederlassung des russischen Finanzunternehmens Sberbank. Im Rahmen seiner Bemühungen um den Kauf der Pipeline hat er eine Lizenz beim US-Finanzministerium beantragt.

Russland hat laut einem weiteren Bericht von Meduza seinerseits angeblich konkrete Vorschläge für eine Aufhebung von US-Sanktionen gemacht. Einer der Vorschläge Moskaus besteht darin, Aeroflot, die wichtigste zivile Fluggesellschaft des Landes, von den Beschränkungen aufzuheben, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am 11. April. Angeboten hat Russland zudem die im Land eingefrorenen Vermögenswerte der Russischen Föderation im Wert von fünf Milliarden Dollar gegen neue Boeing-Flugzeuge und -Komponenten auszutauschen. Nach Schätzungen könnte der Betrag für fünfzig neue Boeing ausreichen. Ein solches Abkommen wäre wahrscheinlich ein weiteres Element eines zukünftigen Waffenstillstandsabkommens und würde gut zu Trumps protektionistischer Politik der Wiederbelebung der US-Industrie passen, deren Probleme in den letzten Jahren von Boeing verkörpert wurden, schreibt Meduza.

Nach einem Treffen mit Selenskyj am Rande der Beerdigung von Papst Franziskus in Rom deutete Trump am 27. April überraschend an, nun wieder über eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland nachzudenken. Auf dem Rückflug aus Rom setzte Trump über seine Onlineplattform Truth Social eine Nachricht ab, die darauf schließen lässt, dass Selenskyjs Botschaft zumindest teilweise zu ihm durchgedrungen ist. So drohte Trump Russlands Präsidenten Wladimir Putin mit Sanktionen. Auch schrieb er, dass ihm das Verhalten des Kremlchefs zu denken gebe. Vielleicht wolle dieser den Krieg gar nicht beenden, sondern halte nur hin, und müsse daher anders behandelt werden, schrieb Trump. Der amerikanische Präsident hatte kritisiert, dass Russland weiterhin die Ukraine angreife. Zuletzt hatte es zahlreiche Tote bei Angriffen auf Sumy und Kyjiw gegeben.

US-Außenminister Rubio erhöhte am Wochenende nochmals den Druck auf die Ukraine und Russland, schnell ein Friedensabkommen auszuhandeln, wie der Tagesspiegel berichtet. „Es muss bald passieren. Wir können nicht weiterhin Zeit und Ressourcen in dieses Projekt investieren, wenn es nicht zum Erfolg führt“, sagte Rubio dem Sender NBC. Mit Blick darauf werde die neue Woche „eine wirklich wichtige Woche“.

Auf die konkrete Frage, wie lange Kiew und Moskau noch Zeit hätten, eine Einigung zu erzielen, wollte Rubio allerdings keine konkrete Antwort geben. Es sei „albern“ ein bestimmtes Datum festzulegen, sagte der Minister. Rubio sagte mit Blick auf ein mögliches Abkommen, dass das Ziel noch nicht erreicht sei. „Es gibt Gründe, optimistisch zu sein, aber natürlich auch Gründe, realistisch zu sein. Wir sind nah dran, aber nicht nah genug“, sagte der Minister. „Wir haben echte Fortschritte gemacht, aber die letzten paar Schritte auf diesem Weg werden immer die schwierigsten sein.“

Unterdessen hat Russlands Präsident Putin nach einer kurzzeitigen Osterpause für die Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs eine neue Feuerpause angekündigt, wie das russische Exilmedium Meduza berichtet. Die russischen Truppen würden alle Feindseligkeiten von Mitternacht am 8. Mai bis Mitternacht am 11. Mai zu Ehren der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg einstellen, ließ der Kreml mitteilen. Zudem sei man zu Friedensgesprächen ohne Vorbedingungen bereit, die darauf abzielen, die Ursachen der Ukraine-Krise zu beseitigen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu ermöglichen.

Fast gleichzeitig wiederholte der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Interview mit dem brasilianischen Medium Globo alte Positionen. Unter anderem

verlangte er eine „Denazifizierung“ und Entmilitarisierung der Ukraine und die Abtretung aller besetzten Gebiete. Bedingung für ein Friedensabkommen mit der Ukraine nicht sei nur die Anerkennung der russischen Kontrolle über die Krim sei, wie von Donald Trump vorgeschlagen, sondern auch die Zustimmung der Weltgemeinschaft zur Annexion von vier teilweise von Russland besetzten ukrainischen Regionen - Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischja.

Zu den Friedensverhandlungen und die US-Angebote siehe:

[Trump peace plan requires Ukraine to accept Russia occupation](#)

Gegenvorschläge der Europäer und Ukrainer für ein Friedensabkommen laut Tagesspiegel+):

[Ukrainisch-europäischer Gegenvorschlag: In diesen Punkten unterscheidet sich der Plan zum US-Friedenspapier](#)

[„Es muss bald passieren“: Rubio drängt im Ukrainekrieg auf schnelle Friedenseinigung – und droht mit US-Ausstieg](#)

Meduza-Berichte (Russisch):

<https://meduza.io/news/2025/04/28/putin-ob-yavil-peremirie-na-den-pobedy-9-maya>

[Лавров назвал «императивом» международное признание российской аннексии не только Крыма, но еще четырех оккупированных областей Украины — Meduza](#)

[Одним из условий перемирия в Украине может стать ослабление санкций против российской авиаотрасли. Реально ли возобновление полетов «Аэрофлота» в США? Пока идея встречает сильное сопротивление — Meduza](#)

FAZ:

Trump könnte im Alleingang 90 Prozent der Russland-Sanktionen aufheben

Trump könnte laut amerikanischen Medienberichten mehr als 90 Prozent der US-Sanktionen im Alleingang aufheben: diejenigen, die durch Erlasse des Präsidenten oder eines Bundesministeriums verhängt worden sind, im Rahmen einer Delegation durch den Kongress. Dies berichtet die FAZ am 28. April. Die Präsidenten Barack Obama und Joe Biden stützten sich auf ein Gesetz aus den Siebzigerjahren, das dem Präsidenten das Recht gibt, bei einem „nationalen Notfall“ Sanktionen zu verhängen. Dessen Fortdauer muss einmal im Jahr vom Präsidenten selbst festgestellt werden. Für Obamas Sanktionen hat Trump dies Anfang März, für Bidens Sanktionen vor gut zwei Wochen getan (siehe nächsten Bericht) und die Sanktionen gegen Russland verlängert – aber keine neuen erlassen. Er könnte nun den „Notfall“ für beendet erklären und die Strafmaßnahmen einzeln oder gebündelt aufheben.

In besonders wichtigen Fällen ist Trump auf den Kongress angewiesen. Während seiner ersten Präsidentschaft wurde 2017 der Countering America's Adversaries Through Sanctions Act erlassen; Trump setzte ihn widerstrebend in Kraft. CAATSA gab vielen unter Obama erlassenen Beschränkungen Gesetzescharakter. So dem Ausfuhrverbot für sogenannte Dual-Use-Güter, die sich zivil wie militärisch verwenden lassen. Biden knüpfte Mitte Januar in seinen letzten Tagen als Präsident Sanktionen gegen russische Unternehmen wie die unter anderem mit Rüstung befasste Staatsholding Rostec, die Moskauer Börse und staatliche Geldhäuser wie die Sberbank und die Gazprombank an dieses Gesetz. Jetzt müsste Trump daher den Kongress einschalten, um diese Russland besonders störenden Sanktionen aufzuheben. Es ist ein kompliziertes Verfahren mit politischen Unwägbarkeiten.

[Trumps Russland-Politik: Zuckerbrot und Pipelines](#)

Trump hat Russland-Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert

Die Verwaltung von US-Präsident Donald Trump hat Anfang April beschlossen, den Ausnahmezustand, der von Joe Bidens Team aufgrund als schädlich bewerteter Aktionen der Regierung in Moskau eingeführt wurde, aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet eine Verlängerung der bestehenden Sanktionen gegen die Russische Föderation um ein weiteres Jahr.

Die offizielle Mitteilung hierzu wurde im Regierungsblatt „Federal Register“ veröffentlicht. Das Dokument bezieht sich auf Vollzugsverordnungen, die der ehemalige Präsident Joe Biden in den Jahren 2021 und 2022 erlassen hatte. Der Demokrat erklärte den Ausnahmezustand durch das Gesetz über internationale außerordentliche wirtschaftliche Befugnisse (International Emergency Economic Powers Act). Diese Maßnahme war eine Reaktion auf „eine außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, die Außenpolitik und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten“. Es war eine Antwort auf „schädliche ausländische Handlungen der Regierung der Russischen Föderation“.

Diese Handlungen umfassten das Eingreifen in demokratische Wahlprozesse, die Durchführung von Cyberangriffen gegen die USA und ihre Verbündeten, die Anwendung von Korruption, um Einfluss auf die Regierungen anderer Länder auszuüben, sowie Angriffe auf Personen mit abweichenden Meinungen und Vertreter der Medien.

Zu den weiteren Vorwürfen gehörten unter anderem die Untergrabung der Sicherheit in Ländern und Regionen, die für die nationale Sicherheit der USA von wesentlicher Bedeutung sind, sowie Verstöße gegen internationale Rechtsnormen, einschließlich der Prinzipien der territorialen Integrität souveräner Staaten.

Diese Situation stellt weiterhin eine außergewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, die Außenpolitik und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten dar, wurde im veröffentlichten Dokument betont. Dies rechtfertigt die Aufrechterhaltung der bestehenden außerordentlichen Maßnahmen für ein weiteres Jahr.

Der Nachrichtendienst MSN weist darauf hin, dass das Dekret von Präsident Biden zur Einführung des Ausnahmezustands in erster Linie darauf abzielte, russische Vermögenswerte, die unter der Zuständigkeit der USA stehen, zu blockieren und wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen.

Die USA verbieten zudem Schiffen mit Verbindungen zu Russland weiterhin die Einfahrt in US-amerikanische Häfen. Die entsprechende Executive Order 10371 von 2022 wurde bis zum 21. April 2026 verlängert. Betroffen sind Schiffe, die unter russischer Flagge fahren, Eigentum der russischen Regierung oder eines russischen Unternehmens, eines Russen oder einer in der Russischen Föderation niedergelassenen Person sind bzw. jenen, die für wirtschaftliche Entscheidungen bezüglich der Nutzung eines von Russland betriebenen Schiffes verantwortlich sind. Ausgenommen sind Schiffe, die Rohstoffe, wie spezielles Nuklearmaterial oder nukleare Nebenprodukte transportieren, die nicht von anderen Lieferanten bezogen werden können.

[Trump verlängert Ausnahmezustand: Sanktionen gegen Russland bleiben](#)

[Federal Register :: Continuation of the National Emergency With Respect to Specified Harmful Foreign Activities of the Government of the Russian Federation](#)

[Federal Register :: Continuation of the National Emergency and of the Emergency Authority Relating to the Regulation of the Anchorage and Movement of Russian-Affiliated Vessels to United States Ports](#)

US-Senatoren und Kongressabgeordnete wollen Russland und Drittländer weiter unter Druck setzen

Die Hälfte des US-Senats - 25 Republikaner und 25 Demokraten - hat sich zusammengeschlossen, um Sanktionen gegen Russland einzuführen, falls sich das Land weigert, Friedensverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen. Dies berichtet die Agentur Reuters.

Die Hauptunterstützer des Gesetzes, der republikanische Senator Lindsey Graham und der demokratische Senator Richard Blumenthal, sagten, dass es primäre und sekundäre Sanktionen gegen Russland und Einrichtungen, die die russische Aggression in der Ukraine unterstützen, verhängen würde, wenn Moskau sich nicht an Gesprächen beteiligt oder wenn es nach einem Friedensabkommen einen weiteren Versuch unternimmt, die Souveränität der Ukraine zu untergraben.

Der Gesetzentwurf ist ein seltenes Beispiel für parteiübergreifende Zusammenarbeit im bitter zerstrittenen US-Kongress. „Die Sanktionen gegen Russland erfordern Zölle auf Länder, die russisches Öl, Gas, Uran und andere Produkte kaufen. Sie sind aus gutem Grund hart“, so die beiden Senatoren in einer Erklärung.

„Die vorherrschende Meinung im Senat der Vereinigten Staaten ist, dass Russland der Aggressor ist und dass dieser schreckliche Krieg und Putins Aggression jetzt ein Ende

haben und in Zukunft verhindert werden müssen“, sagten sie. Im Repräsentantenhaus wird ein begleitendes Gesetz eingebracht, das ebenfalls von Republikanern und Demokraten unterstützt wird.

Die Befürworter des Gesetzes sagen, dass es mit überwältigender Mehrheit in beiden Kammern verabschiedet werden würde, wenn die republikanischen Kongressführer eine Abstimmung zulassen würden.

Mit Beginn seiner zweiten Amtszeit am 20. Januar hatte Trump eine versöhnlichere Haltung gegenüber Russland eingenommen, was die europäischen Verbündeten Washingtons verunsicherte, als er versuchte, ein Ende des Konflikts in der Ukraine zu vermitteln, der nun bereits im vierten Jahr andauert.

Auch im US-Kongress gibt es offenbar Versuche, die Russlandsanktionen zu erweitern. Demokratische Kongressabgeordnete haben demnach einen Gesetzentwurf vorbereitet, um die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken und die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen, schreibt Reuters unter Berufung auf Quellen.

Einer der Autoren des Gesetzentwurfs ist der Kongressabgeordnete Greg Meeks, der Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Kongresses ist. Das Dokument sieht insbesondere die Unterstützung der Ukraine beim Wiederaufbau vor, einschließlich der Schaffung des Postens eines Sonderkoordinators für den Wiederaufbau der Ukraine.

Der Gesetzentwurf sieht auch Sicherheitshilfe für Kiew vor, einschließlich direkter Kredite und Militärfinanzierung, sowie harte Sanktionen und Exportkontrollen gegen Russland, einschließlich seiner Finanzinstitute, der Öl- und Bergbauindustrie.

Der Gesetzentwurf, der dem US-Repräsentantenhaus noch nicht vorgelegt wurde, ist ein weiterer Versuch, Druck auf die Regierung von Präsident Donald Trump auszuüben, damit sie eine klarere Position auf der Seite der Ukraine einnimmt, so die Agentur. Wie Reuters klarstellt, wurde die Arbeit an der Gesetzesinitiative durch den russischen Raketenangriff auf Sumy, bei dem mehr als 30 Menschen getötet wurden, beschleunigt.

Selbst wenn der Gesetzentwurf nicht die volle Unterstützung des Repräsentantenhauses erhält, in dem die Mehrheit der Sitze von Republikanern besetzt ist, könnten seine einzelnen Bestimmungen in ein breiteres Paket von Entscheidungen zur Ukraine aufgenommen werden, so Quellen aus der Agentur im Kongress.

[US senators push sanctions if Russia stalls Ukraine peace efforts | Reuters](#)

[В конгрессе США подготовили законопроект об ужесточении санкций в отношении России и усилении поддержки Украины — Meduza](#)

Keine Strafzölle für Russland und Belarus

US-Präsident Donald Trump hat Anfang April Strafzölle angekündigt, die 185 Länder weltweit betreffen sollen. Die Liste umfasst Länder und Gebiete, auf deren Importe künftig neue Zölle erhoben werden sollen. Bemerkenswert dabei: Einige wenige Staaten sind davon ausgenommen - darunter Russland und Belarus, nicht aber die Ukraine. Dies berichtet die Deutsche Welle.

US-Finanzminister Scott Bessent erklärte in einem Interview mit dem Sender Fox News, dass aufgrund der bestehenden Sanktionen ohnehin kein Handel mit Russland stattfindet. Nach Russlands Einmarsch in der Ukraine hatten die USA und andere, vor allem europäische, Länder weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, betonte, die US-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg würden "jeden sinnvollen Handel" mit Russland verhindern. Doch stimmt das überhaupt?

Laut dem United States Census Bureau ist der Warenhandel zwischen den USA und Russland seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine deutlich eingebrochen: von rund 36 Milliarden US-Dollar (etwa 32,9 Milliarden Euro) im Jahr 2021 auf etwa 3,5 Milliarden Dollar (rund 3,2 Milliarden Euro) im Jahr 2024.

Das ist wenig aber nicht nichts. Und, so gering ihr monetärer Wert mittlerweile auch sein mag, die Importe aus Russland sind für die USA bedeutend, da auch strategische Güter darunter sind wie etwa Düngemittel und anorganische Chemikalien.

Mit den Sanktionen und den gefallen Importzahlen allein lässt sich das Fehlen Russlands auf Trumps Liste auch deshalb nicht erklären, weil Länder, mit denen die USA noch geringere Handelsvolumina teilen, sehr wohl darauf stehen. So erhebt die US-Regierung etwa Zölle in Höhe von 27 Prozent auf Importe aus Kasachstan, das ein ähnliches Handelsvolumen mit den USA hat wie Russland: rund 3,4 Milliarden Dollar. Noch geringer ist das Handelsvolumen mit der Ukraine mit 2,9 Milliarden Dollar. Dennoch steht die Ukraine auf Trumps Liste - mit einem Strafzoll von zehn Prozent.

Oleg Buklemischew, Direktor des Zentrums für wirtschaftspolitische Forschung an der Moskauer Staatlichen Universität, meint Trumps Entscheidungen zu Russland und der Ukraine würden „jeder wirtschaftlichen Logik entbehren“. Auch er sieht im Verzicht auf zusätzliche Zölle gegen Russland eine rein politische Entscheidung - ungeachtet der Behauptungen aus Washington, der bilaterale Handel sei unbedeutend. Tatsächlich, so Buklemischew, würden weiterhin russischer Kernbrennstoff, Düngemittel und Platinmetalle in die USA geliefert.

[Warum Trump Russland und Belarus von US-Zöllen verschont – DW – 05.04.2025](#)

Neue Listungen in den USA

Die Vereinigten Staaten haben Anfang April ohne nähere Begründung Karina Rotenberg, die Frau des russischen Milliardärs Boris Rotenberg, von der Sanktionsliste gestrichen. Gleichzeitig verhängte Washington Beschränkungen gegen mehrere Personen, Unternehmen und ein Trockenfrachtschiff. Unter anderem fallen Edison LLC, Kolibri Group LLC und Sky Frame LLC unter die Sanktionen, berichtet die russische Forbes-Ausgabe. Washington hatte Karina Rotenberg im März 2022, nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, in die Sanktionsliste aufgenommen. Der Milliardär selbst war schon vorher, im Jahr 2014, unter die Beschränkungen gefallen.

Gleichzeitig nahmen die USA vier weitere russische Staatsbürger, mehrere Unternehmen und ein Trockenfrachtschiff in ihre SDN-Liste (Specially Designated Nationals List) auf. Unter die Beschränkungen fallen insbesondere Edison LLC, Kolibri Group LLC und Sky Frame LLC. Unter den Einzelpersonen befinden sich Juri Beljakow und Wjatscheslaw Vidanow. Darüber hinaus wurden Sanktionen gegen das Schiff AM Theseus verhängt.

[США вывели из-под санкций жену Бориса Ротенберга | Forbes.ru](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Neue Regeln für Russland-Sanktionen – zusätzliche Handelsbeschränkungen

Am 23. April 2025 veröffentlichte die britische Regierung die [Russia \(Sanctions\) \(EU Exit\) \(Amendment\) Regulations 2025](#), die am 24. April 2025 in Kraft traten. Diese neuen Vorschriften ändern die Russia (Sanctions) (EU Exit) Regulations 2019 und führen zusätzliche Handelsbeschränkungen ein, die sich auf Aus- und Einfuhrverbote, Technologie und Softwareübertragungen konzentrieren.

Die Änderungsverordnungen führen Verbote für die Bereitstellung und Übertragung von „sektorbezogener Software“ an Personen mit Verbindungen zu Russland oder zur Verwendung in Russland ein. In der begleitenden [Erläuterung](#) zur Änderungsverordnung wird klargestellt, dass dies auch für Fälle gilt, in denen die betreffende Software als Software as a Service (SaaS) bereitgestellt wird. Damit wird die Position des Vereinigten Königreichs weitgehend an die Position der EU in Bezug auf Software für die Unternehmensressourcenplanung („ERP“) angeglichen.

Sektorbezogene Software und Technologie sind in Anhang 3IA definiert und umfassen:

- Unternehmenssoftware und -technologie (z. B. ERP, CRM, Business Intelligence, Lieferkettenmanagement usw.).
- Software und Technologie für industrielles Design (z. B. CAD, CAM und Engineer-to-Order-Software usw.).

- Software und Technologie im Zusammenhang mit Öl und Gas.

Software, die öffentlich zugänglich ist oder für grundlegende wissenschaftliche Forschung verwendet wird, ist ausgenommen, während Ausnahmen unter anderem bereits vor dem 23. April 2025 abgeschlossene Verträge bis zum 22. Juli 2025 sowie Software und Technologie für nichtkommerzielle oder persönliche Zwecke umfassen.

Das Vereinigte Königreich hat [Leitlinien zur Einhaltung dieser sektoralen Softwaremaßnahmen](#) veröffentlicht und auch seine [gesetzlichen Leitlinien zu den Sanktionen gegen Russland](#) aktualisiert, um die verfügbaren Lizenzierungsgründe für diese Maßnahmen zu berücksichtigen.

Die Änderungsverordnungen führen auch zusätzliche Beschränkungen für den Transfer von Technologie ein, die für die „Entwicklung“, „Herstellung“ oder „Verwendung“ einer breiten Palette kontrollierter Güter „erforderlich“ ist. Darüber hinaus werden durch die Änderungsverordnungen eine Reihe weiterer Güter und Technologien in die Listen der beschränkten Güter aufgenommen, deren Ausfuhr, Lieferung, Weitergabe oder Bereitstellung an Personen mit Verbindungen zu Russland oder zur Verwendung in Russland verboten ist. Dazu gehören unter anderem eine Reihe von Elektronikgeräten, Maschinen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Metallen, Industriekomponenten, Rohstoffen, chemischen Verbindungen, Mineralien, Werkzeugen und Maschinenteilen.

[UK Publishes New Russia Sanctions Regulations - Global Sanctions and Export Controls Blog](#)

Panama

Schlag gegen russische Schattenflotte

Panama setzt seinen Kampf gegen die russische Schattenflotte fort, dies berichtet die Frankfurter Rundschau. Schon im November hatte das Land angekündigt, sechs Tankschiffe von seinem Register zu löschen, jetzt soll es 128 weitere Schiffe treffen. Wie das Nachrichtenportal Bloomberg berichtete, folgt dieser Schritt auf eine umfangreiche Sanktionierung der jeweiligen Schiffe durch die USA, seine Verbündeten oder wie Vereinten Nationen (UN). Laut Ramón Franco, einem Offiziellen der Panama Maritime Authority, hatte das Land bereits mindestens 70 Tankschiffe entfernt, Dutzende weitere sollen folgen. Insgesamt könnte dies für Gewinneinbusen in Höhe von bis zu zwei Millionen US-Dollar sorgen, fügte Franco hinzu.

Handelsschiffe können unter der Flagge verschiedener Länder fahren, die nicht unbedingt mit dem tatsächlichen Eigentümer verbunden sind. Sogenannte Flaggenstaaten spielen eine große Rolle dabei, die Sicherheitsstandards der Industrie aufrechtzuerhalten, sie führen Inspektionen durch, zertifizieren Equipment und Crew. Panama hat eines der größten Flaggenregister der Welt – mehr als 8000 Schiffe sind dort registriert, berichtete Bloomberg unter Berufung auf Franco.

Die sogenannte Schattenflotte dient als Instrument, um dem Kreml zum Beispiel die Umgehung des Ölpreisdeckels zu ermöglichen. Mit diesem hatten die G7-Nationen

verhindern wollen, dass Länder russisches Öl für mehr als 60 US-Dollar pro Barrel handeln. Indem die Schiffe der Schattenflotte unter falschen Flaggen fahren und zuweilen auch ihre Ortungssysteme abschalten, verschleiern sie bestimmte Handelstätigkeiten. So konnte Russland trotz Sanktionen Milliarden am Öl- und Gashandel verdienen. Teilweise hatten diese Schiffe sogar direkt an europäischen Häfen angelegt und russisches Öl entladen. Der Energiesektor ist eine von Russlands stärksten Einnahmequellen.

Panamas Schritt, den Schiffen die Beflaggung zu entziehen, birgt jetzt mehrere Probleme für die Schattenflotte. Laut Human Rights at Sea dient die Flagge eines Schiffes dazu, ihm eine Art Nationalcharakter zu geben. Die Seeleute haben unter einer Flagge bestimmte Rechte unter den Gesetzen des Flaggenstaates, unabhängig davon, wo das Schiff verkehrt. Wer an Bord eines staatenlosen Schiffs fährt, verliert diese Rechte. Allerdings sind andere Staaten durchaus berechtigt und in der Lage, Seeleuten dieser Schiffe in Notsituationen beizustehen.

Gegenüber dem Portal Newsweek hatte Svitlana Romanko, Gründerin von Razom We Stand, angegeben, dass Russlands Schattenflotte durchaus anpassungsfähig sei. Solange nicht alle großen Flaggenregister Panamas Beispiel folgen, kann Moskau Schlupflöcher der westlichen Sanktionen nutzen und für seinen Krieg Gewinne generieren. Außerdem steht den Tankschiffen die Möglichkeit offen, entweder fälschlicherweise weiter unter Panamas Flagge zu fahren oder einfach staatenlos Handel zu treiben. Das Center for International Maritime Security (CIMSEC) hatte schon 2020 bemängelt, dass die Problematik um falsche Beflaggung von Schiffen der internationalen Community bereits seit 2015 bekannt sei, aber Gegenmaßnahmen auf sich warten ließen. Die International Maritime Organization (IMO), eine Sonderorganisation der UN, brauche Jahre, um entsprechende Schritte zur Bekämpfung dieser Problematik auch nur in die Wege zu leiten.

[Putins Panama-Problem – Schattenflotte-Aktion versetzt Russlands Wirtschaft neuen Schlag](#)

Serbien

Ölkonzern NIS erbittet in USA weiteren Aufschub

Der serbische Ölkonzern NIS, der mehrheitlich im Besitz der russischen Gazprom Neft und Gazprom, steht, hat die USA um eine dritte Ausnahmegenehmigung von Sanktionen gebeten, die seine Rohölversorgung beeinträchtigen könnten, wie Reuters am 23. April berichtet. NIS betreibt eine einzige Ölraffinerie in Serbien mit einer Jahreskapazität von 4,8 Millionen Tonnen und deckt den größten Teil des Bedarfs des Landes.

Das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) des US-Finanzministeriums hatte am 10. Januar zunächst Sanktionen gegen den russischen Ölsektor verhängt und Gazprom Neft 45 Tage Zeit gegeben, sich aus dem Besitz von NIS zurückzuziehen. NIS hat bisher zwei Ausnahmegenehmigungen erhalten, wobei die zweite am 28. April auslief. Das Ziel dieses Antrags ist es, dem Unternehmen einen reibungslosen Betrieb nach dem 28. April zu ermöglichen“, erklärte NIS in einer Erklärung. Am 14. März

habe NIS außerdem beim US-Finanzministerium einen Antrag auf Streichung von der Sanktionsliste gestellt, hieß es. Das OFAC hatte die Sanktionen gegen NIS zunächst am 27. Februar um 30 Tage bis zum 28. März verschoben, um dem Unternehmen Zeit zu geben, eine Lösung mit den russischen Unternehmen zu finden.

Am 26. Februar hatte Gazprom Neft Anteile von rund 5,15 % an NIS an Gazprom übertragen, um Sanktionen abzuwenden. Gazprom Neft hält 44,85 Prozent an NIS, Gazprom 11,3 Prozent. Die serbische Regierung hält 29,87 Prozent der Anteile, der Rest entfällt auf Kleinaktionäre.

[Serbia's NIS oil company seeks third sanctions waiver from US | Reuters](#)

Schweiz

Schweiz erweitert Belarus-Sanktionen und übernimmt EU-Mediensanktionen

Die Schweiz hat 25 Personen und 7 Organisationen auf ihrer Sanktionsliste gegen Belarus aufgeführt. Es wird vermutet, dass sie das Lukaschenko-Regime unterstützen, ihm Einnahmen verschaffen oder die Demokratie in Belarus untergraben.

Zudem hat die Schweiz weitere von der Europäischen Union verhängte Sanktionen gegen Russland übernommen, darunter die Ausweitung eines Werbeverbots für Medienunternehmen, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) in einer Erklärung mitteilte. Schweizer Unternehmen dürfen nun in acht weiteren russischen Medienunternehmen keine Werbung mehr schalten. Die Liste der 158 Personen und Organisationen, gegen die Finanzsanktionen verhängt wurden, wurde ebenfalls geändert. Die Beschlüsse spiegeln die Bestimmungen des 16. Sanktionspakets der EU und zwei nachfolgender Beschlüsse der Union wider, die von der Schweiz noch nicht umgesetzt worden waren.

[Switzerland introduces new EU measures targeting Russian media - SWI swissinfo.ch](#)

Ausfuhr von Luxusgütern: Seco verhängte bislang Bußgelder in Höhe von 50.000 Franken

Die Sanktionen der Schweiz gegen Russland und Belarus können nicht nur das Einfrieren von Vermögenswerten zur Folge haben. Sie beinhalten auch ein striktes Ausfuhrernbargo für eine Reihe von Gütern. Bisher sind in über 20 Fällen Verstöße gegen dieses Embargo geahndet worden.

Uhren, Schmuck und andere Luxusartikel dürfen seit Beginn des Krieges in der Ukraine nicht mehr nach Russland und Belarus exportiert werden. Denn die Schweiz hat sich zum großen Teil den Sanktionen der EU-Staaten angeschlossen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist verantwortlich dafür, diese Exportbeschränkungen durchzusetzen und Verstöße zu ahnden. Das Westschweizer Radio und Fernsehen (RTS) berichtet über 54 Dossiers, in denen das Seco ein Verfahren wegen Sanktionsverstößen einleitete. Es

geht um die Periode von November 2022 bis September 2024. 21 dieser Fälle wurden als Verstöße geahndet und hatten eine Strafe zur Folge.

In einem der Fälle ging es um eine Uhr im Wert von 276.000 Franken. Sie war in der Schweiz von einem russischen Staatsbürger gekauft worden. Als er damit am Flughafen Genf die Grenzkontrollen passieren wollte, wurde die Uhr beschlagnahmt. Das betroffene Juweliergeschäft wurde vom Seco ermahnt und mit der maximal vorgesehenen Geldstrafe von 5000 Franken bestraft. Auch andere Produkte wurden abgefangen: Ledertaschen, Schmuck, ein Gemälde, aber auch industrielle Ausrüstung wie elektronische Schaltungen, Druckwandler, Ventile und Prägewalzen. All diese Güter könnten für militärische Zwecke zweckentfremdet werden oder zur Wirtschaft des russischen Regimes beitragen.

Insgesamt belaufen sich die vom Seco verhängten Geldstrafen auf fast 50.000 Franken. Sie betreffen Waren im Wert von einer halben Million Franken. Die Sanktionen sind darum relativ mild, weil das Amt eher von einer Fahrlässigkeit der Unternehmen ausging als von einer absichtlichen Umgehung des Embargos.

Einige Verstöße betreffen auch Einfuhrverbote. In einem Fall ging es um eine in Einzelteile zerlegte Sauna aus Belarus, die an einem Genfer Zollposten entdeckt wurde. Ihr Importeur erhielt eine Geldstrafe von 1000 Franken und die Sauna wurde zerstört. Bei besonders schweren Verstößen kann das Seco den Fall an die Bundesanwaltschaft weiterleiten für eine mögliche strafrechtliche Verfolgung.

[Schweiz hat in über 20 Fällen illegaler Exporte Strafen verhängt - News - SRF](#)

Ukraine

Selenskiy sanktioniert Personen der Janukowitsch-Ära

Präsident Wolodymyr Selenskyj hat laut einer Mitteilung des Präsidialamtes vom 12. April einen Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates zur Verhängung von Sanktionen gegen ehemalige Beamte der Janukowitsch-Ära sowie gegen die Geschäftsleute Viktor Polishchuk und Alyona Shevtsova erlassen. Auf der Liste stehen Serhiy Arbuzov, ehemaliger erster stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Nationalbank unter Mykola Asarov, Andriy Klyuyev, ehemaliger Leiter der Verwaltung von Viktor Janukowitsch, Viktor Polishchuk, ehemaliger Eigentümer der Gulliver Mall und Eldorado, sowie Alyona Shevtsova, Eigentümerin der liquidierten IBOX Bank.

Die Sanktionsvorschläge wurden vom ukrainischen Sicherheitsdienst SBU dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat vorgelegt. Medienberichten zufolge hält sich Klyuyev seit 2014 in Russland auf und lebt im Moskauer Stadtteil Rublevka. Im Jahr 2016 erklärte der damalige Leiter des ukrainischen Innenministeriums, Arsen Avakov, dass Klyuyev wegen Verdachts auf Beteiligung an den Massakern auf dem Maidan auf die internationale Fahndungsliste gesetzt worden sei. Er steht auf den Sanktionslisten der EU, der USA und Kanadas.

Auch Arbuzov floh während der Euromaidan-Ereignisse aus der Ukraine. Seit dem 22. April 2014 wird er vom Innenministerium als Verdächtiger nach Artikel 191 Absatz 5 des Strafgesetzbuches der Ukraine (Veruntreuung, Unterschlagung von Eigentum) gesucht. Er stand auch auf den Sanktionslisten der EU. Im März 2021 wurde er zusammen mit dem ehemaligen Bildungsminister Dmytro Tabachnyk aber von der Liste gestrichen.

[Klyuyev, Arbuzov and Polishchuk come under NSDC sanctions / The New Voice of Ukraine](#)

Ukraine verhängt Sanktionen gegen weitere 59 Personen und 60 Organisationen

Am 18. April verhängte die Ukraine gemäß Dekret Nr. 247/2025 Sanktionen gegen 39 Personen und 60 Organisationen. Die Sanktionen richten sich unter anderem gegen drei chinesische Unternehmen, nachdem Iskander-Raketen eine Stadt im Norden der Ukraine getroffen hatten, nämlich Beijing Aviation and Aerospace Xianghui Technology Co. Ltd, Rui Jin Machinery Co. Ltd, Zhongfu Shenying Carbon Fiber Xining Co. Ltd, sowie verschiedene russische Personen und Organisationen.

Ebenfalls am 18. April wurden weitere 20 Personen gemäß Dekret Nr. 246/2025 sanktioniert. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigte zudem ein neues Sanktionspaket an, das sich gegen die „Schattenflotte“ Russlands richtet, darunter „die Schatten-Tankerflotte, mit der Moskau den Krieg finanziert; Kriegspropagandisten, die versuchen, unsere Verteidigung zu untergraben und Russland zu helfen; sowie bestimmte Beamte, deren Namen allen Ukrainern bekannt sind und die früher Einfluss hatten“.

[УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №247/2025 — Офіційне інтернет-представництво Президента України](#)

[УКАЗ ПРЕЗИДЕНТА УКРАЇНИ №246/2025 — Офіційне інтернет-представництво Президента України](#)

[Zelensky announces sanctions against Russia's shadow fleet](#)

7. Blick über den Tellerrand

China plant Aufhebung von EU-Sanktionen

China denkt offenbar darüber nach, seine Sanktionen gegen einzelne EU-Parlamentarier aufzuheben. Die Gespräche zwischen dem Europäischen Parlament und der chinesischen Seite befinden sich nach Angaben aus EU-Parlamentskreisen auf einem guten Weg. Dies berichtet China.Table. Von den Sanktionen betroffen waren die Abgeordneten Michael Gahler, Reinhard Bütikofer, Raphaël Glucksmann, Ilhan Kyuchyuk und Miriam Lexmann. Die Sanktionen hatten 2021 vonseiten des EU-Parlaments zu einem Arbeitsstopp am Investitionsabkommen CAI geführt. Auch waren hochrangige Delegationsbesuche und parlamentarische Begegnungen auf Eis gelegt. Zuvor hatte die EU Strafmaßnahmen auf mehrere Beamte und eine Organisation in Xinjiang wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen verhängt. Diese Sanktionen sind weiterhin in Kraft.

Europaparlamentspräsidentin Roberta Metsola hat nach Angaben eines Sprechers des Europaparlaments in den vergangenen Wochen wiederholt mit dem chinesischen Botschafter über einen Ausweg aus der Pattsituation verhandelt. Das berichtete die South China Morning Post. „Sobald wir eine offizielle Bestätigung der chinesischen Behörden über die Aufhebung der Sanktionen haben, wird Präsidentin Metsola die Fraktionsvorsitzenden umgehend informieren“, heißt es demnach aus dem Parlament. Es sei stets erklärtes Anliegen des EU-Parlaments gewesen, die Sanktionen zurückzunehmen und den Dialog mit China fortzusetzen.

Dass dadurch das CAI eine Renaissance erlebt, ist unwahrscheinlich. Das EU-Parlament hatte auch inhaltliche Kritik an dem Abkommen geübt. Diese Punkte bleiben weiter bestehen. In den Zeiten des Handelskrieges zwischen Peking und Washington wäre eine Aufhebung der Sanktionen jedoch ein Zeichen des Entgegenkommens. Eine Rückkehr zur vollen parlamentarischen Zusammenarbeit würde den Weg für intensivere Debatten zu Handel, Klima- und Umweltschutz sowie Menschenrechten wieder frei machen. Amelie Richter

China sanktioniert US-Abgeordnete und NGO und warnt vor Handelsabkommen mit den USA

China hat US-Beamte, Abgeordnete und Angehörige von Nichtregierungsorganisationen sanktioniert. Die Maßnahme wird als Antwort auf vorangegangene US-Sanktionen interpretiert. Die USA hatten im März sechs chinesische und Hongkonger Beamte sanktioniert, die ihrer Meinung nach an „transnationaler Unterdrückung“ und Handlungen beteiligt waren, die die Autonomie der Stadt weiter untergraben könnten. Zu den Personen gehörten Justizminister Paul Lam, der Direktor des Sicherheitsbüros Dong Jingwei und der ehemalige Polizeichef Raymond Siu.

In einer Vergeltungsmaßnahme gegen die USA erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Guo Jiakun, China verurteile die Maßnahmen aufs Schärfste und bezeichne sie als „verabscheuungswürdig“. Die USA hätten sich ernsthaft in die

Angelegenheiten Hongkongs eingemischt und gegen völkerrechtliche Grundsätze verstoßen, sagte er. „China hat beschlossen, Sanktionen gegen US-Kongressabgeordnete, Beamte und NGO-Führer zu verhängen, die sich in Fragen im Zusammenhang mit Hongkong schlecht verhalten haben“, sagte Guo und fügte hinzu, dass die Reaktion im Einklang mit dem Gesetz gegen ausländische Sanktionen erfolgt sei.

Er gab keine weiteren Details darüber bekannt, gegen wen sich die Sanktionen richten. Die gegenseitigen Sanktionen wegen der Menschenrechtslage in Hongkong sind das jüngste Anzeichen für die zunehmenden Spannungen zwischen Peking und Washington, die sich bereits in einem Handelskrieg befinden, der die Unternehmen auf beiden Seiten erschüttert.

Peking warnte am 28. April andere Länder separat davor, Handelsabkommen mit den USA zum Nachteil Chinas zu schließen. Die US-Sanktionen gegen Beamte im März waren nicht die ersten im Zusammenhang mit der ehemaligen britischen Kolonie, die 1997 an China zurückgegeben wurde. Während der ersten Amtszeit von Donald Trump verhängte seine Regierung Sanktionen gegen Hongkong und chinesische Beamte wegen der Untergrabung der Autonomie Hongkongs.

Unterdessen gibt es Berichte aus Deutschland, nach denen China im Rahmen von Exportgeschäften mit kritischen Gütern von deutschen Unternehmen beglaubigte Endverbleibserklärungen verlange, um zu verhindern, dass diese an die USA weitergeliefert würden. Betroffen sind etwa Güter, die Seltene Erden enthalten, die China nicht mehr an die USA liefern möchte.

[China to retaliate with sanctions on US officials, NGO leaders over Hong Kong issues | AP News](#)

USA drängen europäische Unternehmen zu Antidiversitätskurs

Die US-Regierung fordert europäische Unternehmen auf, nach dem Vorbild der USA ihre Diversitätsprogramme zu streichen, darüber berichtet die Deutsche Presseagentur. In einem Fragebogen sollen die Firmen mit US-Regierungsverträgen bestätigen, dass sie die Regeln zum Verbot von Programmen zur Förderung von Diversität, Gleichstellung und Inklusion (DEI) einhalten.

Die Nachrichtenagenturen Reuters und AFP zitierten aus einer Kopie des Fragebogens. Zuerst hatte die französische Zeitung Les Echos berichtet. Demnach wurde der Brief von der US-Botschaft in Paris an die Firmen verschickt. „Wir wären dankbar, wenn Sie das Dokument innerhalb von fünf Tagen ausfüllen und unterschreiben würden und an uns zurückmailen“, heißt es in dem Brief. Falls die Unternehmen nicht zustimmen, sollen sie ihre Gründe detailliert darlegen. Dies werde man dann an die Rechtsabteilung weiterleiten. Ein Chef einer der betroffenen Firmen interpretierte dies als offene Drohung. „Wir riskieren, dass es uns verboten wird, uns um Regierungsverträge zu bewerben“, sagte er Les Echos. Die US-Botschaft wollte sich nicht dazu äußern.

Der Financial Times zufolge wurde ein ähnlicher Fragebogen auch an Unternehmen in Belgien und in osteuropäischen Staaten verschickt. Ein Sprecher der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sagte, entsprechende Forderungen an deutsche Unternehmen seien bislang nicht bekannt.

Frankreichs Handelsministerium nannte den Brief eine „inakzeptable“ Einflussnahme. „Frankreich und Europa werden ihre Unternehmen, ihre Verbraucher, aber auch ihre Werte verteidigen“, teilte das Ministerium mit. US-Präsident Donald Trump hatte im Januar Ministerien und Bundesbehörden angewiesen, sämtliche DEI-Programme zu streichen. Zudem kippte er mehrere Dekrete, die Chancengleichheit und diverse Zusammensetzung der Belegschaft fördern sollen. DEI-Programme stellten eine „illegale Diskriminierung und Bevorzugung“ dar, hieß es in dem Erlass.

[Donald Trump: USA drängen europäische Unternehmen zu Antidiversitätskurs | ZEIT ONLINE](#)

8. Termine

Save-the-date:

11. Juni 2025 Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses und Jahrbuch

Die Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses mit den Gremiensitzungen für alle Mitgliedsunternehmen und dem Abendempfang mit Freunden und Partnern des Ost-Ausschusses findet in diesem Jahr am 11. Juni im Hotel de Rome und im Humboldt-Forum in Berlin statt. Merken Sie sich bitte den Termin bereits vor. Die persönlichen Einladungen werden ab Mitte Mai versendet.

Anlässlich der Jahresveranstaltung wird auch das neue Ost-Ausschuss-Jahrbuch veröffentlicht. In den ausführlichen Berichten aus unseren Regionaldirektionen erfahren Sie mehr über die Aktivitäten des Ost-Ausschusses. Im Mittel- und Osteuropa Jahrbuch finden Sie außerdem Länderprofile mit Zahlen, Daten und Fakten zu allen 29 Zielländern des Ost-Ausschusses sowie Informationen zu unseren Projekten und Schwerpunktthemen. Eine Übersicht aller Mitglieder in den Ost-Ausschuss-Gremien sowie ein Kontaktverzeichnis der Mitgliedsunternehmen runden das Jahrbuch ab.

Für das Jahrbuch können Sie noch Anzeigen schalten. Das Jahrbuch wird kostenfrei an Mitglieder und Partner des Ost-Ausschusses versandt, bei vielen Veranstaltungen des Ost-Ausschusses ausgelegt und kann bei der MWM Medien bezogen werden. Anzeigen- und Druckunterlagenschluss ist der 31. Mai 2025. Das Mittel- und Osteuropa Jahrbuch wird durch den Ost-Ausschuss in Kooperation mit MWM Medien herausgegeben. Für Anfragen zur Insertion steht Ihnen Thomas Buck, Telefon +49 (0)821-24280-21, Mail: thomas.buck@mwm-medien.de gerne zur Verfügung.

9. Tipps & Links

Kleptotrace heißt ein von der Europäischen Kommission kofinanziertes und im italienischen Mailand ansässiges Projekt zur Bekämpfung von Kleptokratie, grenzüberschreitender Korruption auf hoher Ebene und der Umgehung von Sanktionen in der EU. Um diese Ziele zu erreichen, überwacht die Plattform Korruption und die Umgehung von EU-Sanktionen und erarbeitet dazu eine datengestützte Toolbox. Angeboten werden Schulungen, zudem werden politische Empfehlungen ausgesprochen, um die Kapazitäten der EU-Behörden zu stärken und das Bewusstsein für die Risiken grenzüberschreitender Korruption zu schärfen. Am 1. April veröffentlichte Kleptotrace einen neuen Report zur Durchsetzung von EU-Sanktionen. Weitere Informationen: [KLEPTOTRACE project - Co-funded by the European Commission](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMWK - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Dokumente zum 16. Sanktionspaket:

Hauptdokument:

[L_202500394DE.000101.fmx.xml](#)

Neue Listungen:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/389 des Rates vom 24. Februar 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

Weitere Dokumente:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

[Questions and answers on the sixteenth package of restrictive measures against Russia - European Commission](#)

[Sixteenth package of restrictive measures against Russia](#)

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 24. März 2025):

[Consolidated version - European Commission](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Leitfaden der G7-Länder zur Sanktionsumsetzung (mit weiterführenden Links):

[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbced1_en \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

Belarus

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

